

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 100

Juni/Juli/August 2020



Volle Fahrt – wohin?

INHALT

Corona lokal – wie weiter in der Krise?	
Celle steckt wieder Hüfttief im Dispo	3
Anfrage zu Corona-Folgen	
„Die Stadt hält diese Daten nicht vor.“	5
Interview mit climate-watch-celle	
Klimaschutz hinterfragen & bewerten	6
Climate-Watch-Celle zur Frage: E-Busse im ÖPNV	
CeBus steht auf Diesel	7
Zum Tötungsdelikt an dem 15jährigen Arkan im April	
Blindheit gegenüber Rassismus?	10
Interview: „Wir sind über das Wasser gekommen ...	
... und hier in Blut ertrunken“	11
Nachrichten zu Rheinmetall	12
#HealthcareNotWarfare – Fahrraddemo	13
Volksbegehren, Bike-Sharing & Food-Saving	14
Lieferkettengesetz - Gewinne ohne Gewissen	15
Meldungen	16
Laternengespräche: Ride a Black Swan	18
Andreas Speit in der „tageszeitung“ vom 05.05.2020	
Wo der Neonazi Gehör findet	20
Besserwissis Anmerkungen zu Windkraft II	22
Atomkraft - Irrweg aus der Klimakrise	24
In Eberhard Schlotter's irren Welten	25
Oskar Ansell, 70	26
Interview: Abschied von MS Loretta	27
100 Ausgaben revista - Top Twenty aus 20 Jahren	29



Hallo werte Leser*innenschaft,

ihr haltet die 100. Ausgabe unseres kleines Magazins in den Händen. Damit hat niemand rechnen können, als wir vor gut 20 Jahren angefangen haben.

Sagt' mal, ihr Leser*innen, die ihr in der Welt rumkommt: Gibt's Vergleichbares eigentlich noch irgendwo anders auf dem Planeten? Oder sind wir grenzenlos anachronistisch?

Ganz hinten im Heft rufen wir über eine „Top Twenty“ der irgendwie nachhaltigsten Artikel mal euer Erinnerungsvermögen zu den letzten 20 Jahren auf.

Zum Titel: Maschinentelegraf heißt das Ding, mit dem Kommandos von der Brücke in den Maschinenraum übermittelt werden. Wir finden's sehr symbolträchtig für die Frage, wie's nach dem „Stop“ jetzt weitergehen soll. Dank an die ms loretta für die Verwertungserlaubnis.

Ansonsten gehen wir jetzt in unsere dreimonatige Sommerpause. Das nächste Heft erscheint dann Ende August.

Ach so: Glückwünsche könnt ihr auf den Überweisungsträger schreiben – die entsprechenden Angaben findet ihr unten im Kasten.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
 erscheint Anfang Februar, April, Juni, September, November; liegt kostenlos in Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 10 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Gajah, Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Morlock, Unterwegs

Corona lokal – wie weiter in der Krise?

So wirklich absehbar ist noch nicht, wie sehr Corona unsere kleine Stadt und den Landkreis in den nächsten Monaten verändert haben wird. Fast der gesamte Freizeit- und Kulturbereich wird nur eingeschränkt den Betrieb wieder aufnehmen. Das Schloßtheater geht voran, und das Beispiel zeigt: Es werden deutlich weniger Menschen „bespielt“ werden können. Im Schloss bleiben wegen der Abstandsregel 2/3 der Plätze frei. Kneipen-Konzerte, die in den letzten Jahren eine unglaubliche Vielfalt geboten haben, sind auf mittlere Sicht nicht mehr durchführbar, auch alle größeren und kleineren Festival sind zwischenzeitlich abgesagt. Welche Kneipen angesichts des Lock-Down und der Einschränkungen überleben, ist eine offene Frage. Auch der Sportsektor dürfte bei den Mannschaftssportarten noch länger ausgesetzt bleiben.

Am härtesten trifft es jene, die ihre Arbeitsplätze verlieren werden. Die Zahl ist derzeit nicht absehbar. Aber bis Ende April hatten 1.362 Betriebe in Stadt und LK Celle, das sind 31 Prozent, Kurzarbeit angemeldet. Insgesamt wurden 16.955 Personen angemeldet, d.h. 25 Prozent der zusammen 66.821 sozialversicherungspflichtige Beschäftigten (Stand der Statistik am 30.06.2019). Klar: Eine Anmeldung zur Kurzarbeit sagt noch nichts darüber, dass oder in welchem Umfang sie umgesetzt wird. Trotzdem ist die Ausgangsbasis dramatisch. Dazu kommt, dass angesichts der katastrophal niedrigen Ölpreise die lokale Zulieferindustrie in einer eigenen Krise steckt.

Verwaltungsspitze planlos

Und die öffentliche Hand? Die Verwaltungsspitze geht von Einnahmeverlusten aus in Höhe von ca. 13 Mio. Euro bei der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommens- und Umsatzsteuer. Eingeplant waren hier für 2020 rund 72 Mio. Euro, also ein Einbruch um rund 18 Prozent.

Politische Initiative wäre gefragt, oder? In Celle verabschiedete sich der Rat und seine Fachausschüsse am 12. März in eine Corona-Pause, die erst elf Wochen später am 27. Mai ihr Ende fand (mit einer vertraulichen zwischenzeitlichen Verwaltungsausschusssitzung). Dem Vernehmen nach sollen die Fraktionen von CDU und SPD bei einer Rundumfrage für diesen politischen Lockdown gestimmt haben.

Was kam von der Verwaltung in dieser Zeit? Ein bisschen Public Relation seitens des Oberbürgermeisters, der eine Stippvisite in Altenhei-

men vornahm, eine City-Spenden-Challenge für „Corona-Helden“ startete und einmal Spenden für den Malteser-Gabenzaun übergab. Eine politische Idee verkündete er nach dem Eingang eines Antrags von Die Linke/BSG als seine: nämlich der Gastronomie, die Erweiterung ihrer Außenbestuhlung zu ermöglichen und dieses Jahr auf die Sondernutzungsgebühren zu verzichten, die dafür anfallen.

Dann gab noch Stadtkämmer Thomas Bertram der CZ Anfang April ein Interview, indem er auf die zu befürchtenden Einnahmeausfälle hinwies.

Zum politischen Streitpunkt wurde der Erlass der Kita-Gebühren für den Monat April, in dem OB Nigge gereizt reagierte und sich dann in einer Pressemitteilung der Stadt als „kleiner Alexander“ abfeiern ließ (siehe Kasten auf Seite 4).

Dass der Oberbürgermeister in Bezug auf die Dimension der Krise keine Plan hat, zeigt die Antwort auf die Anfrage von „Die Linke/BSG“ (siehe komplett auf Seite 5). Die Verwaltungsspitze weigert sich, gegenüber Rat und Verwaltung Basisdaten zu Infektionsfällen, Kurzarbeit oder der Situation der städtischen Betriebe und Gesellschaften zu recherchieren bzw. offenzulegen. Der Unmut von Oliver Müller (BSG) ist nur verständlich, wenn er konstatiert: „Das grenzt an Arbeitsverweigerung.“

Solidarität und Kreativität statt Warten auf den „Normalzustand“

Aber was sind denn jetzt die Themen, die auf die lokale Tagesordnung gehören?

1.) Die Krise trifft besonders jene, die nach einer Phase von Kurzarbeit ihre Arbeitsplätze verlieren werden, weil trotz aller Zuschüsse Betriebe pleite gehen werden. Da Jobs nicht aus dem Nichts entstehen, wären zwei



Dinge jetzt wichtig: Die Arbeitsagentur soll mal das „Fordern“ lassen (was ja seit drei Monaten ganz gut geht) und anfangen zu fördern, wo die Erwerbslosen selbst für sich einen Plan und ein Interesse an Qualifizierung haben. Die Gewerkschaften sollten Räume schaffen für Diskussionen und Selbstorganisation der Betroffenen. Und auf der Metaebene braucht's eine offene Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen.

2.) Die Aktivitäten gegen die Klimakatastrophe dürfen nicht unter die Räder eines neuen Wachstumsfetischismus kommen. Um das zu verhindern, braucht es möglichst schnell eine zweite Welle von ... all-days-for-future.

3.) Ein lokal wichtiger Akteur für neue Arbeitsplätze und „Klimaschutz“ könnten die Stadtwerke werden. Hier sollte ein kreditfinanziertes Programm zum Ausbau der regenerativen Energien aufgelegt werden, wobei es in Celle insbesondere um Photovoltaik geht – erstmal auf allen verfügbaren öffentlichen Dächern. Die Stadt muss (zusammen mit anderen Akteuren) endlich eine offensive Strategie für die energetische Sanierung von Altbauten entwickeln und umsetzen.

4.) Gegen die „abstandsbedingte“ Verödung der Kulturlandschaft muss Kreativität her. Dass sie in der Stadtgesellschaft vorhanden ist, zeigen unkommerzielle Videostream-Projekte wie „Kultur 29“ oder „music@home“. Jetzt kann es darum gehen, diese Potenziale auch wieder in den öffentlichen Raum zu überführen. Und von der Stadt ist hier zu fordern, dass sie die Möglichkeiten dafür schafft. Wo kann in diesem Jahr – unter Einhaltung der Abstandsregeln – kulturell noch etwas laufen? Auf Plätzen und Grünflächen. Dafür braucht es eine Offenheit und Unterstützung seitens der Verwaltung – Grünflächenunterhaltung mal anders interpretiert. In die öffentliche Nutzung einbezogen werden sollten jetzt in den Stadtteilen auch die Schulhöfe (und im Winter die Aulen) der Grundschulen. Das kann die sozial und kulturell verödeten Stadtteile sogar nachhaltig „entwickeln“. Klar: Dafür bräuchte es eine Initiative und Förderung seitens der Stadt – z.B. mit einem lokalen Förderprogramm „Kultur und Demokratie im Stadtteil“. Darüber könnten auch Projekte des Teilens (share-economy) in den Stadtteilen entstehen, also da, wo sie hingehören.

Ride a Black Swan

Die unabhängige Linke in unserer kleinen Stadt (die Partei ist – sagen wir es mal so hart – kein relevanter Player) macht das, was sie kann: Solidarisch sein (Food-Saving als Tafel-Ersatz) und sich das Demonstrationsrecht nicht nehmen lassen (siehe Berichte im Heft). Eine Diskussion, die den „Schwarzen Schwan“ als Chance begreift, findet bisher nur im Ansatz statt. [Dieser Management-Begriff meint ein Ereignis wie die Pandemie, was althergebrachtes Denken und Handeln in Frage stellt.] Wir sollten uns gegen einen „Neustart“ wehren, der nur das schlechte Alte wieder in die Spur bringen will. Dafür in Theorie und Praxis die richtigen Weichen zu stellen, wäre die Aufgabe.

Der kleine Alexander und die Kita-Gebühren

Am 24. März hatte der Verwaltungsausschuss beschlossen, den Eltern für die städtischen Kitas die Gebühren für den Monat April zu erlassen (wie übrigens im ganzen Niedersachsen üblich), weil: Gebühren für geschlossene Kitas – eventuell bei gleichzeitigem Kurzarbeitergeld staatlicherseits etwas schäbig gewesen wäre. Die Kitas in Hand freier Träger aber sollten – so die Tendenz des Beschlusses – erstmal selbst klarkommen.

Selbstverständlich mochten die nicht so ganz einsehen, dass sie den Eltern die Gebühren erlassen sollen, ohne von der Stadt – in deren „Auftrag“ sie arbeiten – entschädigt zu werden. Der Oberbürgermeister aber wollte dies so gar nicht nachvollziehen. Seine Pressemitteilung über einen dann doch zustande gekommenen Kompromiss dürfte bei den Trägern aus Kirchen und Wohlfahrtsverbänden mindestens Stirnrunzeln ausgelöst haben:

„Wir haben zwar einen Kompromiss erarbeitet, dies aber nur, damit die Familien nicht länger leiden müssen. Davon unbenommen bleibt allerdings, dass das Verhalten eines Teils der freien Träger absolut enttäuschend ist. Die etwaigen Gewinne aus dem Betrieb der Kitas dürfen diese vertraglich behalten. Da erachte ich es als selbstverständlich, wenn diese auch Verluste ausgleichen und nicht den Steuerzahler in Haftung nehmen. Von jemandem, der moralische und ethische Grundsätze zum Leitbild seines Handels erhebt, würde ich erwarten, dass er in solchen Krisensituationen uneigennützig zum Wohle der Eltern agiert.“

Den Vorwurf der Bereicherung wies Daniel Schott, Geschäftsführer der Caritas, dann auch zurück: *„Gemeinnützige Träger dürfen nach geltendem Recht keine Gewinne erzielen. Im Gegenteil geben wir eigene Leistungen in die Finanzierung des laufenden Betriebes mit ein.“* Und die Superintendentin des Kirchenkreises Celle, Dr. Andrea Burgk-Lempart, ergänzte: *„Wir sind der Stadt entgegengekommen und übernehmen als freie Träger die Hälfte der April-Beiträge. Umso unverständlicher ist für mich die geäußerte Kritik.“*

Die Pressemitteilung der Stadt hatte übrigens die Überschrift *„Zum Wohle der Eltern - OB schlägt Knoten durch“*. Da hat es „der kleine Alexander“ aber mal wieder allen gezeigt.

Im Rat hatte sich am intensivsten die Gruppe GRÜNE/WG/PARTEI/Ute Rodenwaldt-Blank/Dr. Jörg Rodenwaldt für eine Lösung zugunsten der Freien Träger eingesetzt.

„Die Stadt hält diese Daten nicht vor.“

1.) Wie haben sich seit März die Covid-19-Zahlen in der Stadt Celle entwickelt? Bitte differenzieren nach Infizierten, im Krankenhaus behandelten und Verstorbenen – sowie eine Zuordnung nach Alter und Geschlecht soweit dies möglich ist.

Die Zuständigkeit für die Beantwortung dieser Frage liegt beim Gesundheitsamt des Landkreises Celle; die Stadt Celle hält diese Daten nicht vor.

2.) Wie hat sich die Corona-Krise in der Stadt Celle auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt? Bitte Differenzierung nach Betroffenen-Fallzahlen hinsichtlich SGB III, SGB II und Kurzarbeit sowie falls möglich – nach Branchen.

Die Zuständigkeit für die Beantwortung dieser Frage liegt bei der Agentur für Arbeit; die Stadt Celle hält diese Daten nicht vor.

3.) Welche Auswirkungen hat die Corona-Krise auf den städtischen Haushalt? Welche Zahlen bzw. Prognosen gibt es hinsichtlich der Gewerbesteuer und ggf. anderer Steuern und Gebühren?

Das prognostizierte Haushaltsdefizit beläuft sich aktuell auf rund - 15,9 Mio. Euro im ordentlichen Ergebnis. Dies bedeutet eine Verschlechterung gegenüber dem ursprünglich geplanten ordentlichen Ergebnis von ca. 15 Mio. Euro. Dabei tragen die zu erwartenden Rückgänge bei der Gewerbesteuer, sowie beim Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer mit insgesamt rd. 13 Mio. Euro den größten Anteil. Hinzu kommen Mindererträge bei der Vergnügungssteuer von ca. 300.000 Euro und bei den Gebühren bzw. den öffentlich-rechtlichen Entgelten, die auf rd. 200.000 Euro geschätzt werden. Das übrige Defizit ergibt sich auf der Ertragsseite durch Mindererträge bei den privatrechtlichen Entgelten (z.B. Erstattung der Kita-Beiträge und Einnahmeverluste Horte bis einschließlich Juli ca. 236.080 Euro) und den sonstigen ordentlichen Erträgen (z.B. eingeschränkter Betrieb der Congress Union; bisher ca. 500.000 Euro)

Neben Mindererträgen wird es auch zu erheblichen Mehraufwendungen kommen, welche zunächst im Rahmen der Budgetierung anderweitig zu kompensieren sind. Insbesondere aufgrund erhöhter Aufwendungen für den Gesundheitsschutz und den Erstattungen der Kita-Beiträge im Bereich der freien Träger und Tagespflege (bis einschließlich Juli ca. 347.000 Euro) wird eine solche Kompensation nicht vollumfänglich möglich sein.

Bei allen genannten Positionen handelt es sich um Schätzungen, die sich an der aktuellen Erlasslage orientieren und daher im Jahresverlauf -z.B. bei gesamtwirtschaftlicher Verschlechterung und weiter sinkenden Steuereinnahmen- noch starken Schwankungen unterliegen können. Für 2021 ist zudem bereits jetzt von rückläufigen Gewinnausschüttungen der Beteiligungen und geringeren Schlüsselzuweisungen auszugehen.

4.) Welche personelle (Kurzarbeit) und finanziellen Auswirkungen hat die Corona-Krise bisher auf die städtischen Betriebe und Gesellschaften (insbesondere Congress Uni-

on, CD-Kaserne, Bomann-Museum, Stadtwerke...aber auch -falls möglich- Schlosstheater)?

Die Zuständigkeit der Beantwortung liegt grundsätzlich bei den Aufsichtsräten der Einrichtungen. Das Schlosstheater (seit 19.3.2020 weitestgehend in Kurzarbeit) ermittelt Einnahmeausfälle fortlaufend, da der Spielbetrieb bis zu den Sommerferien ausgesetzt ist; damit wird sich der Theatervorstand befassen.

Im Bomann-Museum werden ebenfalls die Einnahmeausfälle ermittelt und mit den Gesellschaftern eruiert werden. Die Mitarbeitenden des Bomann-Museums sind mit der Vorbereitung der kommenden Ausstellungen befasst bzw. waren während der Schließung bis zum 5. Mai 2020 in anderen Bereichen der Stadtverwaltung im Einsatz (z.B. Hotlines, Überwachung des Desinfektionsmitteleinsatzes in öffentlichen Bereichen des Neuen Rathauses).

5.) Welche finanziellen Auswirkungen hat die Corona-Krise für Vereine in den Bereichen Sport und Kultur? Wurden dort Hilfen von Bund/ oder Land beantragt?

Vereine im Bereich Kultur: alle Fördermöglichkeiten in Zusammenhang mit Corona, die dem Fachdienst Kultur bekannt werden, werden umgehend an alle Celler Kulturvereine (von atelier 22 bis Zupforchester) weitergeleitet. Die Kulturakteure sind bemüht, für coronabedingt ausgefallene Veranstaltungen Ersatztermine in der Nach-Corona-Zeit zu finden, um die finanziellen Einbußen so gering wie möglich zu halten. Ob dies gelingt, wird erst nach Lockerung aller Einschränkungen sichtbar werden. Der Fachdienst steht beratend zur Verfügung.

Vereine im Sportbereich: alle, durch Politik und Verwaltung entschiedene, finanzielle Unterstützungen wurden verwaltungsseitig Prioritär behandelt und an die Sportvereine gezahlt. Die Sportvereine versuchen ihrerseits, soweit möglich, für coronabedingt ausgefallene Veranstaltungen Ersatztermine zu finden, um die finanziellen Einbußen so gering wie möglich zu halten. So ist z.B. der Wasalauf für den 31.10.20 vorgesehen.

6.) Welche Notwendigkeiten ergeben sich hinsichtlich der weiteren Krisenbewältigung für die Stadt Celle im Grundschulbereich?

Akut keine. Alle im "Niedersächsischen Rahmen-Hygieneplan Corona Schule" geforderten Maßnahmen des Schulträgers sind umgesetzt. Seit 4. Mai werden die 4. Klassen wieder beschult; der Schulbetrieb wird im Rahmen des Stufenplans des Niedersächsischen Kultusministeriums schrittweise hochgefahren. Die Notbetreuung ist an allen Celler Grundschulen gewährleistet. Die Stadt als Schulträgerin steht im Rahmen ihrer Verpflichtungen parat, falls die Schulen noch zusätzlichen Handlungsbedarf haben sollten.

7.) Welche Überlegungen gibt es seitens der Verwaltung zur mittelfristigen Krisenbewältigung in den angesprochenen Bereichen?

Eine Beantwortung der Frage ist ohne konkrete Präzisierung nicht möglich.



Seit Anfang Mai gibt es die Plattform Climate-Watch-Celle (CWC). Hier nehmen Expert*innen zu aktuellen Klimaschutzinitiativen im lokalen Raum Stellung. Wir haben der Initiative ein paar Fragen gestellt – und antworten bekommen.

??: *Wieso braucht es CWC?*

!!: Sowohl Stadtrat wie Kreistag haben Ende vergangenen Jahres Resolutionen zum Klimanotstand verabschiedet. Wenn das mehr sein soll als ein symbolisches Bekenntnis, müssen Taten folgen. Und in der Tat gab es gleich einige Anträge der Fraktionen in Kreistag und Stadtrat. Wir wollen das aus zivilgesellschaftlicher Perspektive unter die Lupe nehmen. Dabei geht es uns darum, die „parlamentarische“ und gesellschaftliche Diskussion durch Expertise zu bereichern.

??: *Ihr meint, das ist nötig?*

!!: Auf jeden Fall. Ohne den Kommunalpolitiker*innen und den Verwaltungen zu nahe zu treten: Klimaschutz war für die meisten eher ein Thema unter vielen. Jetzt, wo es an die praktische Umsetzung geht, wirken – auch ohne Berücksichtigung der Corona-Folgen – selbstverständlich die alten Trägheiten. Viele Initiativen wurden und werden mit „passiert doch schon längst“ abserviert. Was aber praktisch heißt, es passiert schon lange nichts mehr oder wenig. Oft heißt es auch „Wir haben kein Geld dafür“. Doch seltsamerweise schaffen andere arme Kommunen mehr, weil sie für Ziele wie Klimaschutz, Energie- oder Verkehrswende beharrlich über Jahre Fördergelder beantragen. Oft wird auch ein Nichtwollen als „geht nicht“ getarnt. Da wird es dann immer merkwürdig, wenn es andere Kommunen offensichtlich können.

??: *Gibt es da Beispiele?*

!!: Ja, zum Beispiel hat Berlin innerhalb von nur 14 Tagen dutzende neue, vom Autoverkehr sicher abgetrennte Fahrradwege angelegt. Was übrigens, kaum was kostet.

??: *Was ist eure Kompetenz?*

!!: Wir haben fachliche Expert*innen im Team und wir haben Leute dabei, die seit Jahren klimapolitisch aktiv sind. So können wir ohne parteipolitische Beschränkungen und ohne „Sachzwanglogik“ urteilen.

??: *Wir hören ein gewissen Misstrauen heraus?*

!!: Oh ja – bis heute haben ja weder Stadt- noch Kreisverwaltung dargelegt, wie sie formal mit den Klimanotstands-Beschlüssen umgehen wollen. Um mal eine Analogie zu bemühen: Seit der Installation von Gleichstellungsbeauftragten in den Verwaltungen findet sich auf jeder Beschlussvorlage nicht nur ein Vermerk zu den finanziellen Auswirkungen, sondern auch zu den Folgen hinsichtlich der Gleichstellungsziele. Nach den Klimanotstands-Beschlüssen wäre jetzt eine ähnliche Praxis angesagt, also eine Prüfung jedes einzelnen Beschlusses hinsichtlich der Folgen für den Treibhausgasausstoß.

??: *Was soll eine solche formale Prüfung bringen?*

!!: Ein kleines Beispiel: Vor einem Jahr besuchte eine Delegation aus Rat und Verwaltung die Partnerstadt Meudon bei Paris. Wie selbstverständlich sind sie geflogen, obwohl die Reise mit der Bahn möglich, fast genauso schnell und vor allem hinsichtlich des Treibhausgasausstosses weniger schädlich gewesen wäre. Rein formal bräuchte es dafür jetzt schon eine sehr gute Begründung. Aber zur Abwägung müsste die Verwaltung eben vor der Entscheidung die Konsequenzen transparent machen.

??: *Dass gebremst wird, zeigt eure Stellungnahme zur Frage E-Bus oder Diesel-Bus. Was meint ihr an diesem Beispiel, können eure Interventionen bewirken?*

!!: Gutes Beispiel. In der Ausschusssitzung wurden die Kreistagsabgeordneten mit einem Vortrag von CeBus-Chef Koschik abgefertigt. Jetzt gibt es gerade noch einen in ähnliche Richtung gehenden Antrag der SPD-Fraktion. Hier hoffen wir, dass die politische Ebene auf Grundlage unserer Stellungnahme jetzt die Kenntnis hat, sich nicht mehr mit halbgenen Argumenten abpeisen zu lassen.

??: *Die Abgeordneten bekommen die Stellungnahme direkt von Euch?*

!!: Ja. Eine Serviceleistung unsererseits. Daneben haben wir eine Website (www.climate-watch-celle.de) und bieten darüber einen Newsletter an. Und ihr bekommt die Stellungnahmen selbstverständlich auch.

CeBus steht auf Diesel – und auf der Bremse

Eine der ersten Stellungnahmen von „Climate-Watch-Celle“ ist eine Kritik daran, dass CeBus aktuell nicht daran denkt, seine Busflotte auch mit E-Bussen zu ergänzen. Wir dokumentieren hier die Stellungnahme.

Warum muss der ÖPNV zügig auf CO2-Null umgestellt werden?

In Jahr 2019 trägt der Verkehr in Deutschland zu 19% zum Ausstoß von Treibhausgas bei. Der CO₂-Ausstoß aus Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor ist dafür überwiegend verantwortlich. Zwar tragen auch noch Elektrofahrzeuge wie z.B. Züge und E-PKW zu den CO₂-Emissionen bei. Doch diese Emissionen konnten durch die erhebliche Steigerung des Stromanteils aus erneuerbaren Energien (von 5,5 % in 1998 auf 50% in 2020) bereits deutlich gesenkt werden. Während bei der Stromerzeugung der CO₂-Ausstoß also erheblich gesenkt wurde, stieg er im Verkehr von 1998 bis 2020 sogar noch um 15% an

Das Klimaziel CO₂-Null bis 2050 wird nur dann erreicht, wenn nicht nur die Stromerzeugung zu 100% regenerativ geworden ist. Sondern es müssen auch die anderen Sektoren wie u.a. Privathaushalte, Industrie und Verkehr zu 100% auf den Einsatz des regenerativen Stroms umgestellt werden. Im Sonderfall wie z.B. Stahlherzeugung oder Straßen-Fernverkehr wird man auch den aus regenerativem Strom erzeugten Wasserstoff einsetzen. Derzeit sieht es aber leider so aus, als ob jeder Sektor erstmal abwartet, bis der andere Sektor komplett umgestellt hat. So werden sogar die eher bescheidenen Klimaziele Deutschlands (-55% Treibhausgas in 2030 und -75% in 2040) unmöglich erreicht werden. Ziel jeder Verkehrspolitik – ob bundesweit, landesweit, regional oder lokal – muss es also sein, die Umstellung auf CO₂-freie Fahrzeuge auch im ÖPNV umgehend (!) zu beginnen! Gerade der ÖPNV sollte hier deutliche Signale setzen, um eine Vorbildfunktion wahrzunehmen, schließlich wird er von Geldern der öffentlichen Hand subventioniert.

CeBus – sinnvolle Modernisierung seit 2015

Die Masse der Fahrzeuge der CeBus-Flotte war in 2014 so überaltert, dass die Abgaswerte bzgl. NO_x und Feinstaub katastrophal waren. Beraten von der PROZIV Verkehrs- und Regionalplaner GmbH & Co KG begann CeBus mit der systematischen Modernisierung seiner Busflotte. Aus Kostengründen wurden die 55 Busse der EURO 1 und 2 Norm zwar z.T. nur durch gebrauchte Busse mit besserer Abgasnorm ersetzt. Aber immerhin wurden auch 43 EURO 6 Busse der besten Abgasnorm dazugekauft, so dass deren Anteil von 0% in 2014 auf immerhin 40% von 108 Bussen bis Ende 2019 gesteigert werden konnte. Der Einstieg in die Anschaffung von E-Bussen, Hybrid- oder gar Wasserstoff-Bussen stand zwar

schon 2015 zur Diskussion und es hätte auch Förderprogramme vom Land NDS gegeben. Doch angesichts der noch relativ unerprobten Technologien schien für die Stadt und den Landkreis Celle angesichts ihrer Verschuldung das wirtschaftliche Risiko zu groß.

2020 – statt andauerndem Fortschritt bei der CO₂ Einsparung weitere Jahre Stillstand

Mitte 2019 fielte CeBus nun die Entscheidung, bis 2025 weitere 42 neue EURO 6 Dieselsebusse dazu zu kaufen. Das heißt bis Ende 2025 wären dann 80% der CeBus-Flotte auf EURO 6 modernisiert. Was die CO₂-Einsparung betrifft, brächte das allerdings sehr wenig. Abgesehen davon, dass der CO₂-Minderungseffekt zwischen EURO 1 und EURO 6 ziemlich gering ist, muss diesbezüglich EURO 6 gegen E-Bus, Hybrid-Bus oder Wasserstoffbus verglichen werden. Da die durchschnittliche Laufleistung eines Dieselsebus im ÖPNV ca. 15 Jahre beträgt, würde sich aufgrund dieser Entscheidung für die ausschließliche Neuanschaffung von Dieselsebussen in Sachen einer deutlichen CO₂-Reduzierung im ÖPNV des Landkreis Celle die nächsten Jahre nichts mehr tun. (Allerdings wird der ÖPNV im LK Celle im Jahr 2025 neu ausgeschrieben.)



Vernebelungstaktik statt echtes Umsteuern Richtung CO₂-frei

Als Alternative forderte die FDP-Fraktion im Kreistag stattdessen, Maßnahmen zu überlegen, den CO₂-Ausstoß bei CeBus bis 2030 um 30% und bis 2035 um 50% zu reduzieren (Antrag 0094/2016-2021). Bei der Beratung im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Tourismus (Protokollauszug siehe ganz unten) vernebelte dann allerdings in der Sitzung vom 20.02.2020 der Geschäftsführer der CeBus, Stefan Koschik, den Kreistagsmitgliedern mit einer Präsentation die Sinne (Klimaschutz Entwicklung CeBus LK Celle). Fachlich richtig wies Koschik u.a. darauf hin, dass Busse pro beförderter Person (allerdings auch E-Busse, Wasserstoffbusse und Hybrid-Busse) weniger Verkehrsraum beanspruchen als PKWs,

städtischen Verkehr nicht ausreichend. Insofern ist die Auskunft von CeBus über die mangelhafte Reichweite der E-Busse auf den ersten Blick berechtigt. Doch alle Verkehrsbetriebe, die ernsthaft auf E-Bus-Betrieb umstellen, arbeiten zusätzlich zur nächtlichen Völlladung mit Zwischenladungen während des Tagesbetriebs. D.h. betriebsbedingt kommt es durch die vorgeschriebenen Pausen für die Busfahrer ohnehin zu mehreren Wartezeiten von 15 min bzw. 30 min, in der Regel an den Endhaltestellen der Linien. Werden dort die zusätzliche Lade-stationen eingerichtet, kommt man problemlos auf 300 km Reichweite. Das dürfte auch für den innerstädtischen Verkehr in Celle ausreichen.

Sind Hybrid Busse ein gute Zwischenlösung?

Hybridbusse (Diesel + Elektromotor + Batterie) werden seit 2015 im ÖPNV bereits zahlreich eingesetzt. Die Modelle der verschiedenen Anbieter sind zum Teil recht unterschiedlich im Preis und im Energie- bzw. CO2-Einsparversprechen. In der Praxis zeigte sich, dass im Schnitt Hybrid-Busse im Vergleich zu Dieseln in der Anschaffung ca. 25% teurer sind und ca. 30 % Treibstoff und damit Emissionen einsparen können. Bei entsprechender Bezuschussung durch das Land könnte deshalb, zumindest auf den Langstrecken des CeBus-Netzes, der Einsatz von Hybridbussen bis 2035 eine gute Brückenlösung sein.

Celle will Zentrum für Wasserstoffeinsatz im Verkehr werden und lässt mit Diesel fahren

Im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Tourismus am 20.02.2020 wurde auch das Projekt „Modellregion Wasserstoff“ vorgestellt, an dem der Landkreis kofinanzierend beteiligt ist (siehe CZ). In den nächsten 5 Jahren soll in diesem Projekt auch im Landkreis Celle eine Infrastruktur für die Versorgung des Schwerlastverkehrs mit Wasserstoff aufgebaut werden. Dies geschieht, während gleichzeitig derselbe Ausschuss die Anschaffung von Dieseln bei der CeBus durchwinkt. (In der Psychiatrie spricht man in solchen Fällen von Persönlichkeitsspaltung). Warum kommen weder Landrat, Verwaltung noch die Mitglieder des Kreistags auf die Idee, dieses Projekt mit dem sofort beginnenden Umbau von mindestens einer der langstreckigen Linien im CeBus-Netz auf Busse mit Wasserstoff-Brennstoffzellen-Technik zu koppeln? Eine Vielzahl anderer ÖPNV-Betriebe in Deutschland macht dies bereits erfolgreich unter Abschöpfung von Fördergeldern.

Zwar ist der Wasserstoff als Treibstoff derzeit ca. doppelt so teuer wie Diesel. Doch mit zunehmender Gewinnung von Wasserstoff aus überschüssigem Solar- und Windstrom wird der Preis bis ca. 2025 auf ein ähnliches Niveau sinken. Deshalb ist es gerade jetzt schon wichtig – auch in der Region Celle – mit ersten Pilotprojekten zu beginnen um dann auf den „Langstrecken“ der Buslinien in 5 bis 15 Jahren voll durchstarten zu können.

Was wäre konkret zu tun?

CeBus darf sich für die nächsten fünf Jahre nicht auf die ausschließliche Neuanschaffung von Dieseln



festlegen. Stattdessen sollten für ein oder zwei Innenstadtlinien sofort vier E-Busse angeschafft werden. (Dazu könnten die 90% Zuschüsse des Landes genutzt werden). Da auch für weitere Jahre Förderprogramme des Landes zu erwarten sind, sollten diese dann für den fortlaufende Ausbau der E-Bus-Flotte genutzt werden. Bei den längeren Strecken sollte zumindest eine Linie auf Wasserstoff-Busse umgerüstet werden. Für die anderen „Langstrecken“ sollten als wirtschaftlichste Übergangslösung Hybridbusse beschafft werden. Auch für die Wasserstoff- und die Hybrid-Busse müssen natürlich derzeitige und künftige Fördermöglichkeiten von Land und Bund genutzt werden.



Im Wald und auf der Heide #28

Heute mal 2 in 1: Blick nach Links #16 und „Im Wald und auf der Heide“. Störche von oben, auf der „Alten Burg“ in Schwarmstedt.

www.autoruf-schwarmstedt.de/LiveCam/

Bild: Screenshot von o.g.Seite

städtischen Verkehr nicht ausreichend. Insofern ist die Auskunft von CeBus über die mangelhafte Reichweite der E-Busse auf den ersten Blick berechtigt. Doch alle Verkehrsbetriebe, die ernsthaft auf E-Bus-Betrieb umstellen, arbeiten zusätzlich zur nächtlichen Völlladung mit Zwischenladungen während des Tagesbetriebs. D.h. betriebsbedingt kommt es durch die vorgeschriebenen Pausen für die Busfahrer ohnehin zu mehreren Wartezeiten von 15 min bzw. 30 min, in der Regel an den Endhaltestellen der Linien. Werden dort die zusätzliche Lade-stationen eingerichtet, kommt man problemlos auf 300 km Reichweite. Das dürfte auch für den innerstädtischen Verkehr in Celle ausreichen.

Sind Hybrid Busse ein gute Zwischenlösung?

Hybridbusse (Diesel + Elektromotor + Batterie) werden seit 2015 im ÖPNV bereits zahlreich eingesetzt. Die Modelle der verschiedenen Anbieter sind zum Teil recht unterschiedlich im Preis und im Energie- bzw. CO2-Einsparversprechen. In der Praxis zeigte sich, dass im Schnitt Hybrid-Busse im Vergleich zu Dieseln in der Anschaffung ca. 25% teurer sind und ca. 30 % Treibstoff und damit Emissionen einsparen können. Bei entsprechender Bezuschussung durch das Land könnte deshalb, zumindest auf den Langstrecken des CeBus-Netzes, der Einsatz von Hybridbussen bis 2035 eine gute Brückenlösung sein.

Celle will Zentrum für Wasserstoffeinsatz im Verkehr werden und lässt mit Diesel fahren

Im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Tourismus am 20.02.2020 wurde auch das Projekt „Modellregion Wasserstoff“ vorgestellt, an dem der Landkreis kofinanzierend beteiligt ist (siehe CZ). In den nächsten 5 Jahren soll in diesem Projekt auch im Landkreis Celle eine Infrastruktur für die Versorgung des Schwerlastverkehrs mit Wasserstoff aufgebaut werden. Dies geschieht, während gleichzeitig derselbe Ausschuss die Anschaffung von Dieseln bei der CeBus durchwinkt. (In der Psychiatrie spricht man in solchen Fällen von Persönlichkeitsspaltung). Warum kommen weder Landrat, Verwaltung noch die Mitglieder des Kreistags auf die Idee, dieses Projekt mit dem sofort beginnenden Umbau von mindestens einer der langstreckigen Linien im CeBus-Netz auf Busse mit Wasserstoff-Brennstoffzellen-Technik zu koppeln? Eine Vielzahl anderer ÖPNV-Betriebe in Deutschland macht dies bereits erfolgreich unter Abschöpfung von Fördergeldern.

Zwar ist der Wasserstoff als Treibstoff derzeit ca. doppelt so teuer wie Diesel. Doch mit zunehmender Gewinnung von Wasserstoff aus überschüssigem Solar- und Windstrom wird der Preis bis ca. 2025 auf ein ähnliches Niveau sinken. Deshalb ist es gerade jetzt schon wichtig – auch in der Region Celle – mit ersten Pilotprojekten zu beginnen um dann auf den „Langstrecken“ der Buslinien in 5 bis 15 Jahren voll durchstarten zu können.

Was wäre konkret zu tun?

CeBus darf sich für die nächsten fünf Jahre nicht auf die ausschließliche Neuanschaffung von Dieseln



festlegen. Stattdessen sollten für ein oder zwei Innenstadtlinien sofort vier E-Busse angeschafft werden. (Dazu könnten die 90% Zuschüsse des Landes genutzt werden). Da auch für weitere Jahre Förderprogramme des Landes zu erwarten sind, sollten diese dann für den fortlaufende Ausbau der E-Bus-Flotte genutzt werden. Bei den längeren Strecken sollte zumindest eine Linie auf Wasserstoff-Busse umgerüstet werden. Für die anderen „Langstrecken“ sollten als wirtschaftlichste Übergangslösung Hybridbusse beschafft werden. Auch für die Wasserstoff- und die Hybrid-Busse müssen natürlich derzeitige und künftige Fördermöglichkeiten von Land und Bund genutzt werden.



Im Wald und auf der Heide #28

Heute mal 2 in 1: Blick nach Links #16 und „Im Wald und auf der Heide“. Störche von oben, auf der „Alten Burg“ in Schwarmstedt.

www.autoruf-schwarmstedt.de/LiveCam/

Bild: Screenshot von o.g.Seite

Zum Tötungsdelikt an dem 15jährigen Arkan im April in Celle

Blindheit der Behörden gegenüber Rassismus?

Auch zwei Monat nach der Tötung des 15-jährigen Êzîden Arkan Hussein Khalaf am 7. April 2020 in Celle dauern die Ermittlungen an. Die erste Stellungnahme der Polizei lautete:

„Gestern Abend gegen 21.45 Uhr befuhr ein 15 Jahre alter Jugendlicher mit seinem Fahrrad die Bahnhofstraße stadteinwärts, als er plötzlich und unvermittelt, und mutmaßlich auch grundlos von einem 29 Jahre alten Mann mit einem Stichwerkzeug schwer verletzt wurde. Augenzeugen haben berichtet, dass der Täter sich zuvor in einem Hauseingang aufgehalten hatte. Das Opfer kam ins Krankenhaus und erlag kurze Zeit später seinen schweren Verletzungen. Der Junge ist irakischer Herkunft und wohnt in Celle. Der mutmaßliche Täter mit deutscher Staatsangehörigkeit wurde durch die Zeugen festgehalten und den eintreffenden Polizeibeamten übergeben, die den Mann vorläufig wegen Verdacht des Totschlags festnahmen. Zur Motivlage des Beschuldigten gibt es bisher noch keine konkreten Anhaltspunkte. Bei seiner Festnahme wirkte der 29-Jährige verwirrt. Der Beschuldigte, der anwaltlich vertreten wird, hat bisher keine Angaben zur Sache gemacht. Die Ermittlungen dauern an.“



Angesichts der steigenden Zahl der rassistischen Morde in den vergangenen Monaten war und ist die Verunsicherung in den migrantischen und postmigrantischen Communities auch in Celle groß. Umso wichtiger ist es daher, dass Polizei und Staatsanwaltschaften offen ermitteln und nicht vorschnell Rassismus als mögliches Tatmotiv ausschließen. Aber genau dies geschah direkt nach der Tat: Polizei Celle und Staatsanwaltschaft Lüneburg sprachen zunächst davon, dass die Ermittlungen *„in keiner Hinsicht Anhaltspunkte für eine ausländerfeindliche oder politisch motivierte Tat“* liefern würden.

Der Chefredakteur der Frankfurter Rundschau Thomas Kaspar verwies in einem Kommentar darauf, dass die Sprache *„die Blindheit der Behörden gegenüber Rassismus“* entlarve.

Erst nach einer deutlichen Stellungnahme ezidischer und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie erster vertiefender Medien-Recherchen stellten Polizei Celle und Staatsanwaltschaft Lüneburg am 11. April klar, dass auch die Social Media-Accounts des mutmaß-

lichen Täters Daniel S. genauer betrachtet würden. Diese hatten nämlich Auffälligkeiten insofern ergeben, als dass *„der Verdächtige eine Nähe zu rechtsextremen Verschwörungstheorien“* aufweist, wie eine erste Recherche der ZEIT in ihrem Blog *„Störungsmelder“* ergeben hatte:

„Auf Facebook folgt S. Seiten mit Titeln wie „Die Verschwörungstheorie“ und „Von wegen Verschwörungstheorie“. Sie verbreiten Inhalte der seit 2017 im Internet kursierenden QAnon-Ideologie, auf die sich bereits der Attentäter von Hanau bezog. Die Seitenbetreiber behaupten, die deutsche Geschichte sei gefälscht, sie zitieren die antisemitischen Protokolle der Weisen von Zion und stellen den Holocaust infrage. Auch der antisemitische Attentäter von Halle bekannte sich in dem Video, das seine Tat zeigt, als „Anon“. Neben judenfeindlichen Mythen verbreiten die Seiten auch Reichsbürger-Statements, nach denen die Bundesrepublik eine GmbH sei und das Deutsche Reich weiter existiere. [...] Und auch von S. gelikte Seiten, die vermeintlich schwarzen Humor verbreiten sollen, sind antisemitisch motiviert.“

In das Bild von Celler Polizei und Staatsanwaltschaft Lüneburg passt auch der Bericht der Beratungsstelle RespAct – Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, deren Kollegin im podcast von NSU-Watch davon berichtete, dass die Beratungsstelle direkt nach dem Tod des Jugendlichen proaktiv ihr unabhängiges Beratungsangebot gegenüber den ermittelnden Behörden in Celle bekannt gemacht hatte, damit dieses an Familie, Zeug*innen und Freund*innen weitergereicht werden möge. Einen Tag nach der Tat habe man allerdings die Antwort der Polizei Celle erhalten, dass man keine Notwendigkeit darin sehe, denn es handle sich ja nicht um eine rassistische Tat. Mittlerweile begleitet RespAct die Familie und konnte auch die Beerdigung Arkans besuchen.

Zwischenzeitlich hat der Täter gestanden, wurde allerdings auf Basis eines psychiatrischen Gutachtens aus der Untersuchungshaft in die Psychiatrie überwiesen, da die bisherige Arbeitshypothese der ermittelnden Stellen sowie seine eigene Aussagen ergeben haben, dass die Tat möglicherweise mit einem starken Drogenkonsum verbunden war. Zunächst werden nun Begutachtungen diesbezüglich durchgeführt. Laut Staatsanwaltschaft Lüneburg bestreite der mutmaßliche Täter weiter ein ausländerfeindliches oder rechtsextremes Motiv. Er sei aber nach eigener Einschätzung ein sogenannter Internettroll, der provozieren und die Reaktion sehen möchte.

Quelle: geschrieben unter Verwendung eines Artikel des Nds. Flüchtlingsrates vom 7. Mai 2020

„Wir sind über das Wasser gekommen und hier in Blut ertrunken“

Am 7. April wurde in Celle der 15-jährige Arkan Hussain Khalaf von einem Deutschen aus heiterem Himmel mit Messerstichen getötet. Seine Familie war 2014 vor dem Völkermord des »Islamischen Staates« an den Jesiden im Irak geflohen. Mit Arkans Mutter Kochar Sido Khidir sprach Leylan Uca darüber, was der Verlust des Sohnes und der Umgang der Behörden damit für sie bedeuten

Was für ein Junge war Arkan?

Als wir aus dem Irak geflüchtet sind, war Arkan erst zehn Jahre alt. Er war ein lieber und lustiger Junge. Er konnte niemandem etwas zuleide tun und hatte keine schlechten Angewohnheiten. Ich vermisse ihn so sehr.

Hätte er mit dem Täter gestritten, dann hätte ich gesagt, er wurde während eines Streits getötet. Hätte er einen Verkehrsunfall gehabt, dann könnte ich sogar damit leben. Wäre er aus einem Grund getötet worden, hätte ich vielleicht sagen können, mein Sohn war auch schuld. Aber er wurde einfach während des Vorbeifahrens auf dem Fahrrad erstochen. Ich bin doch nicht hierher gekommen, damit mein Sohn getötet wird!

Was wissen Sie über den Täter?

Es wurde gesagt, er hätte unter Drogen gestanden. Das glaube ich nicht. Mein Sohn wurde mit nur einem Messerstich getötet. Journalisten von »Zeit online« haben recherchiert, dass gleich drei Social-Media-Konten des Täters auf seine Nähe zu rechten Verschwörungsideologien hinweisen. Es gibt zwar noch keine Beweise, aber mein Mann und ich, wir erwarten von der Justiz und von der deutschen Regierung, dass der Tod unseres Sohnes so schnell wie möglich aufgeklärt wird. Wir wollen Gerechtigkeit. Und vor allem wollen wir wissen, warum!

Sie sind vor dem »Islamischen Staat« aus dem Irak geflüchtet. Wie haben Sie den 3. August 2014 erlebt?

Wir sind aus dem Dorf Borik im Gebiet Sinun in der Region Sindschar. Als der Islamische Staat an diesem Augusttag das Gebiet angegriffen hat, wollten wir nicht weggehen. Ein Teil unserer Familie ist erst mal zu Hause geblieben, denn wir hatten die Gefahr unterschätzt. Aber fünf meiner Kinder sind ins Sindschar-Gebirge geflüchtet. Arkan war dabei, außerdem zwei seiner Schwestern und zwei seiner Brüder. Sie wurden auf der Flucht von einem Fahrzeug des IS abgefangen. Arkans Brüder wurden in den Wagen gezerrt, aber weil ihre Geschwister so laut um Hilfe riefen, wurden sie wieder freigelassen und konnten sich in Sicherheit bringen.

Nachdem wir erfuhren, dass der Islamische Staat Frauen und Kinder verschleppt, haben auch wir Eltern mit den drei anderen Kindern die Flucht ergriffen.

Ihre Familie war also mehrere Tage getrennt. Wie war das für Sie?

Es waren die schlimmsten Tage für uns. Das dachte ich zu dem Zeitpunkt zumindest und wusste nicht, dass es für mich als Mutter noch schlimmer kommen würde. Die fünf Kinder waren ohne Lebensmittel und ohne Getränke geflohen, deshalb habe ich mir große Sorgen gemacht.

Wann sind Sie geflüchtet und wie ist Ihre Familie wieder zusammengelassen?

Wir sind einige Tage später einfach losgegangen. Wir hatten nichts zu essen und nichts zu trinken. Unterwegs haben wir ein Fahrzeug von IS-Milizen gesehen und uns hinter einer Böschung versteckt. Dann sind wir weiter in Richtung des Tempels Scherfedin, um von dort aus weiter ins Gebirge zu gehen. In Scherfedin angekommen, haben wir uns erst mal nach dem Rest unserer Familie erkundigt. Dort wurde uns gesagt, wo unsere Kinder sind, und so haben wir sie gefunden. Sieben Tage haben wir im Gebirge ausgeharrt. Dann hat der Cousin meines Mannes angerufen und uns informiert, dass die kurdische Volksverteidigungseinheit Syriens, YPG, einen Korridor nach Syrien geöffnet hatte. Also haben wir uns auf den Weg gemacht. Nachts sind wir in einem Camp in Syrien angekommen und von da ging es weiter in die Türkei.

Wann sind Sie nach Deutschland geflüchtet?

Es war im November 2014, und angekommen sind wir im Dezember. Wir sind von der Türkei aus mit Schlauchbooten nach Griechenland. Damit im Fall eines Bootsunglücks nicht die ganze Familie ums Leben kommt, haben wir uns in drei Gruppen aufgeteilt. Mit uns waren so viele Menschen auf dem Boot. Von Griechenland aus sind wir dann nach Deutschland gekommen.

Wie erging es Ihnen nach Ihrer Ankunft in Deutschland?

Wir haben nur gesagt: Gott sei Dank, wir sind nun endlich von diesem Grauen erlöst. Wir hatten einen Völkermord und die Tortur der Flucht nach Deutschland hinter uns. Vorher hatten wir fast fünf Monate in Angst und Ungewissheit gelebt. Es war der reinste Alptraum. Ich dachte, nun ist der Alptraum beendet. Ich wusste doch nicht, dass wir hier auch in Angst leben müssen. Derjenige, der meinen Sohn auf dem Gewissen hat, ist für mich wie jemand vom Islamischen Staat.

Wir sind aus Angst vor dem Tod aus Sindschar geflüchtet, und nun wurde mein Sohn hier in Deutschland getötet. Hätte ich gewusst, dass ich selbst hier nicht in Sicherheit leben kann, hätte ich meinen Sohn niemals nach draußen gelassen. Er war gerade mal 15, aber sein Mörder ist doppelt so alt. Wir sind über das Wasser gekommen und hier in Blut ertrunken.

Rheinmetall gehackt Unterlagen im Netz

Der Rüstungskonzern Rheinmetall ist nach NDR-Recherchen von einem Datenleck betroffen. Das berichtete die Tagesschau Ende April: Insgesamt 1400 Dateien habe ein Hacker zum Kauf angeboten, ein Aktivist habe sie nach eigener Aussage gekauft und dann für jedermann zugänglich zum Download bereitgestellt.

„Die Dokumente sind zum Teil mehrere Seiten lang und betreffen einen Zeitraum von etwa einem Jahr, die jüngsten Unterlagen sind auf Ende Januar dieses Jahres datiert“, schreiben die NDR-Rechercheure. Es handele sich überwiegend um Lieferscheine von Zulieferern und Dokumente aus der Qualitätssicherung von Rheinmetall. Darunter befänden sich auch Konstruktionspläne von Bauteilen gepanzelter Fahrzeuge wie der Modelle Fuchs, Boxer, Yak und Scout.

Rheinmetall erklärte, dass nicht die konzerneigene IT gehackt worden sei, sondern ein externer Dienstleister. Verschlussachen und sonstige geheime Informationen seien davon nicht betroffen. Man habe die Zusammenarbeit mit dem Dienstleister eingestellt, die Behörden informiert und Anzeige gegen Unbekannt erstattet.

Der Vorgang kann für Rheinmetall noch unangenehme Folgen haben. Denn die Datenschutzbehörde Nordrhein-Westfalen, wo Rheinmetall seinen Hauptsitz hat, wurde über den Vorfall nicht informiert.

Die Person, die die Daten nach dem Kauf im Darknet veröffentlicht hatte, gab gegenüber dem NDR an: „Ich habe die Daten veröffentlicht, weil ich gegen den Handel mit Waffen bin.“ Die Veröffentlichung sei für ihn „ein Weg des Protests“.

Schon im September 2019 war Rheinmetall von Hackern angegriffen worden, wobei eine Schadsoftware eingeschleust worden war, die die Produktion des Konzerns in Nord- und Südamerika stark beeinträchtigt hatte. In Brasilien, Mexiko und den USA sei die Produktion daraufhin eingestellt oder stark behindert worden. Rheinmetall stellt in den damals betroffenen Fabriken Bauteile für die Autoindustrie her.

<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/rheinmetall-datenleck-101.html>

Pappergers Haus unter Quarantäne

„Etwa vierzig Personen haben heute Vormittag im Kreuzungsbereich Turnerstraße/Immenhoop für ca. 90 Minuten friedlich gegen u.a. Waffenlieferungen durch die Firma Rheinmetall demonstriert. Neben musikalischen Einlagen zeigten die Teilnehmer themenbezogene Plakate und Banner. Es kam weder zu Störungen noch zu Verkehrsbehinderungen“, lautet die Bilanz der Polizei zu der heutigen Protestaktion #HealthcareNotWarfare, zu der das Bündnis Rheinmetall ent Waffen aufgerufen hatte.



Über Facebook verkündete die Initiative Rheinmetall ent Waffen:

„Armin Papperger ist Vorstandschef des Rüstungskonzerns Rheinmetall. Wir haben seinem Privathaus in Hermannsburg in Niedersachsen unter Quarantäne gestellt, denn von dort geht eine große Gefahr für das Leben sehr vieler Menschen aus. - Gegen Rüstungsproduktion und Krieg. Für Gesundheitsversorgung für alle!“

Dass die Aktion nicht – wie zu erwarten gewesen wäre – skandalisiert wurde, dürfte damit zusammenhängen, dass sie erlaubt war. Vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg hatte das Bündnis sich das Demorecht vor Pappergers Haus erklagt.

Strafanzeige gegen Rheinmetall

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre hatte bei der diesjährigen Hauptversammlung von Rheinmetall beantragt, die Mitglieder des Vorstands nicht zu entlasten. Hier Auszüge aus der Begründung:

„[...] Besonders profitiert Rheinmetall von Lieferungen an Länder, die am Jemenkrieg beteiligt sind, vor allem Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Der Vorstand weiß, dass diese Länder maßgeblich in einen Krieg ohne internationale Legitimation involviert sind, in dem seit 2015 über 100.000 Menschen getötet wurden, darunter 12.000 Zivilist*innen bei gezielten Angriffen. Eine große Anzahl der dort eingesetzten Bomben wurde von der italienischen Rheinmetall-Tochter RWM Italia hergestellt. Im Juli 2019 wurde der Export nach Saudi-Arabien von der italienischen Regierung für 18 Monate ausgesetzt.

Im Dezember 2019 reichten das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), Mwatana for Human Rights aus dem Jemen und Partnerorganisationen aus Europa beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) eine Strafanzeige ein, auch gegen Rheinmetall. Die 350 Seiten lange Strafanzeige dokumentiert 26 einzelne Luftangriffe der Militärkoalition, die als Kriegsverbrechen zu bewerten sind. Rheinmetall wird die eigene Verantwortung hierbei nicht auf andere Akteure schieben können: Selbst wenn ein Staat einschlägige Waffenexportkontrollgesetze nicht durchsetzt, entbindet das Unternehmen nicht von ihrer Verantwortung, Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht zu achten.“

#HealthcareNotWarfare - Fahrraddemo

Am 19. Mai fand parallel zur Aktionärsversammlung des Waffenkonzerns Rheinmetall in Celle eine Fahrraddemo im Rahmen des bundesweiten Aktionstag „Gegen Rüstungsproduktion und Krieg, für eine Gesundheitsversorgung für alle“ statt.

„Rheinmetall entwaffnen“, „Riseup4Rojava“ und die „Interventionistische Linke“ hatten gemeinsam zu vielfältigen Aktionen aufgerufen.

Bei der Fahrraddemo wurden verschiedene Orte in Celle besucht: das AKH, die Bundeswehr, die Commerz Bank, die Deutsche Bank und die Parteibüros der SPD und CDU.

Eine Organisatorin äußerte: „Wir finden es unglaublich, dass in Deutschland immer noch Kriegsgerät produziert wird, während doch jetzt gerade durch Corona umso deutlicher wird, dass die Welt etwas anderes braucht als Waffen. Unter dem gemeinsam Hashtag #HealthcareNotWarfare haben wir heute deutlich gemacht, dass es Zeit zum Umdenken ist. Wir brauchen Pflegepersonal statt Soldat*innen und medizinische Ausstattung statt Kriegsgerät! Und deshalb stehen wir auch heute vor den Türen derjenigen, die an dem Geschäft mit dem Tod profitieren. Die Banken investieren in die Rüstungsindustrie – denn Waffen werden weiter verkauft, ob mit oder ohne Corona.“

Die Demonstration führte per Rad auch zum AKH in Celle. Dort wurde das Problem der Privatisierung im Gesundheitswesen thematisiert, wodurch das Geld im Hintergrund aller Entscheidungen stehe und so Patient*innen zur Ware werden, die billig und schnell verarbeitet werden sollen.

Es wurde daher gefordert, die 103 Mio. Euro Dividende, die für die Aktionär*innen von Rheinmetall ausgeschüttet wurde, stattdessen lieber in die Gesundheitsversorgung für alle zu investieren.

In ihrem Protest machten die Demonstrant*innen darauf aufmerksam, dass nicht nur Covid-19 die Gesundheit bedroht. Weltweit werden in Kriegen Menschen

verletzt und ermordet, viele leiden unter Mangelernährung und werden zur Flucht gezwungen. In den Camps für Geflüchtete müssen Menschen auf engstem Raum leben, die hygienischen Bedingungen sind zumeist katastrophal.

„Die Kriege müssen beendet und die europäische Asylpolitik gestoppt und damit alle Lager sofort evakuiert werden!“ war eine klare Forderung der Teilnehmenden.

„In der aktuellen Situation produzieren Waffenhersteller wie Rheinmetall unverändert weiter – aber Waffen werden keinen Frieden und auch keine Gesundheit schaffen. Gleichzeitig gehen Milliarden in den Verteidigungshaushalt, anstatt mehr Geld in Gesundheitsversorgung und Bildung zu stecken. Seit Jahren fordern viele Menschen ein Ende der Waffenexporte. Aber geändert hat sich nichts. Wir können nicht auf die Regierungen vertrauen – egal ob CDU oder SPD, sie haben nur den Profit im Blick. Es ist wichtig, dass wir selbst ein gleichberechtigtes und friedliches Miteinander schaffen, statt unter der Argumentation von liberaler Marktwirtschaft Geld mit Krieg zu verdienen.“ schloss eine Aktivistin.

In Celle hatte das Bündnis „Rheinmetall entwaffnen“ und die feministische Kampagne „Gemeinsam kämpfen“ zu der antimilitaristischen Fahrraddemo aufgerufen. Am Morgen kam es bereits in Hermannsburg zu einer Kundgebung, bei der vor dem Haus des Vorstands-Vorsitzenden von Rheinmetall gegen sein skrupelloses Geschäft demonstriert wurde.



Zwischenkundgebung am Allgemeinen Krankenhaus

Volksbegehren Artenvielfalt.Jetzt!

Am 29. April wurde das Volksbegehren Artenvielfalt.Jetzt! offiziell bei der niedersächsischen Landeswahlleiterin eingereicht. Inzwischen ist am 13. Mai das Volksbegehren im Ministerialblatt veröffentlicht worden. Etwa ab dem 5. Juni kann dann gesammelt werden. Die Initiator*innen teilen dazu mit:

„Aufgrund der Corona-Pandemie ist das Sammeln von Unterschriften zumindest zunächst noch eingeschränkt. § 1 Abs. 5b der Corona-Verordnung der Landesregierung erlaubt für Volksbegehren zwar grundsätzlich, Veranstaltungen durchzuführen, aber dennoch sind die Möglichkeiten im öffentlichen Raum durch Abstands- und Hygieneregeln weiterhin begrenzt. Wir rufen deshalb zunächst vor allem dazu auf, im persönlichen häuslichen Umfeld der Mitglieder der Unterstützer-Organisationen und von interessierten Bürgerinnen und Bürgern, denen wir die erforderlichen Unterlagen zuschicken, Unterschriften zu sammeln. Unser Ziel ist, mit diesem ersten Schritt möglichst schnell 25.000 Unterschriften zu erreichen, die notwendig sind, um die offizielle Zulassung der Landesregierung zu erhalten. Die ausgefüllten Bögen können beim zuständigen Einwohnermeldeamt oder den lokalen Aktionsgruppen abgegeben oder an die Zentrale des Volksbegehrens zurückgeschickt werden.“

Bestellt werden können die Unterschriftenbögen und weiteres Material kostenlos unter material@artenvielfalt-niedersachsen.jetzt

Plattform zum Teilen von Fahrrädern und Zubehör

Die Initiative Celler Lastenrad bietet über ihre Website www.celler-lastenrad.de den kostenlosen Verleih ihrer drei Lastenräder an. Jetzt hat sie ihr Angebot nochmals erweitert. „Wenn Sie ein Liegerad, Tandem, einen Fahrradanhänger, einen Fahrradhalter oder etwas ähnliches besitzen und es gern mit ihren Mitmenschen teilen wollen, melden Sie sich bei uns“, sagt Carsten Gröticke, der sich um den Internet-Auftritt der Initiative kümmert. „Wir benutzen die Software Commons Booking, die nicht nur für Lastenräder erstellt worden ist“, erklärt er. Das Programm biete die Möglichkeit, ganz allgemein Artikel zur gemeinschaftlichen Verwendung bereit zu stellen. Es „basiert auf der Idee der Gemeingüter und dem Teilen von Ressourcen zum Nutzen der Gesellschaft“, heißt es auch in der Beschreibung der Software, die als Open Source ebenfalls frei verfügbar ist.

Eine Voraussetzung sei allerdings, dass der Verleih kostenfrei erfolgen müsse. Wann, wo, wie und zu welchen Bedingungen etwas verliehen wird, können die jeweiligen Eigentümer*innen selbst bestimmen. „Wir können viele Wünsche der Besitzer in unserem System berücksichtigen“, ermuntert Gröticke.

Interessenten, die etwas zum Teilen anbieten möchten, können sich per E-Mail an info@celler-lastenrad.de oder telefonisch unter 05141-9 66 99 41 melden.



Food-Saving Jetzt über Essensladen

Die Initiative "Foodsaving Celle" hat sich ein neues Verteilkonzept überlegt. Nachdem die Tafel wieder geöffnet und damit die Häufigkeit und Menge der Lebensmittelpenden sich auch verringert hat, geht es trotzdem weiter mit öffentlichen Lebensmittelausgaben.

Gerettete Lebensmittel freuen sich nun auf geregelte Öffnungszeiten: Die Foodsaving-Initiative des Vereins Buntes Haus e.V. richtet feste Abholtermine ein. Menschen, die gerettete Lebensmittel abholen möchten werden mittwochs von 18:30-19:00 Uhr und samstags von 15:00-15:30 Uhr im Essensladen (analog zum Umsonstladen vielleicht einen cooleren Titel?) am Bunten Haus bedient.

„Es gibt auch nach Wiederöffnung der Tafeln weiterhin sowohl den Bedarf für Unterstützung als auch den Zustand, dass leider immer noch viele Nahrungsmittel im Müll landen. Viele Menschen haben mitbekommen, wie viel Essen immer wieder gerettet wird - und freuen sich über die ökologisch und ökonomisch sinnvolle Verschenkaktion. Vor allem Backwaren haben wir in großen Mengen - mindestens diese gibt es weiterhin Mittwochs und Samstags. Und wir möchten mit weiteren Betrieben eine Kooperation aufnehmen: Lassen Sie uns gemeinsam eine Alternative aufbauen, sodass weniger im Müll landet und Unterstützung mehr Menschen erreicht!“, sagt Nina Singers von der Initiative.

Die Freiwilligen, die die Initiative aufrecht erhalten, wollen mit ihrer Arbeit ein gesellschaftliches Miteinander stärken. „Es gibt immer Menschen, die Unterstützung brauchen und bei der Initiative haben wir auch gelernt, dass viele Leute sich allein fühlen. Als Gesellschaft sollten wir füreinander da sein - egal wo wir wohnen oder wo wir herkommen. Hoffentlich entstehen noch weitere Projekte um zum Beispiel auch die Vereinsamung zu durchbrechen, die für viele gerade in Corona-Zeiten ein großes Problem ist“, äußert Singers als ihre Motivation und außerdem als Appell für weitere Initiativen.

Es gibt jetzt keine vorgepackten Taschen mehr. Die Lebensmittelausgabe erfolgt unter Beachtung von Abstands- und Hygieneregeln.

Gegen Gewinne ohne Gewissen

Nur mit einem gesetzlichen Rahmen können die Voraussetzungen für die Achtung von Menschenrechten und wirksamen Umweltschutz durch Unternehmen geschaffen werden. Überall auf der Welt leiden Menschen und Natur unter gewissenlosen Geschäften auch deutscher Unternehmen.

Kinderarbeit, Brandkatastrophen, Umweltzerstörung, Verfolgung von Gewerkschafter*innen: In den Lieferketten deutscher Unternehmen im Ausland werden die Menschenrechte von Arbeiter*innen verletzt und die Umwelt der lokalen Bevölkerung zerstört.

Am Weltladentag, dem politischen Aktionstag der Weltläden, hat der Weltladen Celle am 9. Mai mit Hunderten anderen Weltläden in Deutschland auf ihre Forderung nach einem Lieferkettengesetz aufmerksam gemacht.

Zusammen mit 90 anderen Organisationen setzen sich die Weltläden in der Initiative Lieferkettengesetz für eine Welt ein, in der Unternehmen Menschenrechte achten und Umweltzerstörung vermeiden – auch im Ausland. Denn freiwillig kommen Unternehmen ihrer Verantwortung bisher nicht ausreichend nach.

Es braucht einen verbindlichen Rahmen: ein Lieferkettengesetz, damit Menschenrechte in den Lieferketten wirklich geachtet werden und die Umwelt geschützt wird. Ein Gesetz, das Unternehmen verpflichtet, Arbeits- und Menschenrechte weltweit einzuhalten und die Umwelt zu schützen, ist längst überfällig.

Die dramatischen Auswirkungen der Corona-Krise zeigen gerade jetzt, dass Menschen am Anfang globaler Lieferketten Schutz benötigen. Die Menschen, die weltweit unsere Alltagsgüter wie Kakao, Bananen und Textilien produzieren, stehen enorm unter Druck. Über die internationale Textilbranche wird berichtet, dass Unternehmen Aufträge storniert haben und es infolgedessen zu ausbleibenden Lohnfortzahlungen und Massenentlassungen kam. Beschäftigte haben von heute auf morgen ihre Arbeit und damit ihre Existenzgrundlage verloren.

Solange die menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten von Unternehmen nicht gesetzlich vorgeschrieben sind, wird die Branche ihre menschenrechtsverachtenden Geschäftspraktiken nicht grundsätzlich verändern. Verstöße bleiben folgenlos und Betroffene können kaum Entschädigung für erlittene Schäden einfordern.

Die aktuelle Bundesregierung versprach im Koalitionsvertrag ein nationales Gesetz zum Schutz der Menschenrechte in globalen Lieferketten und den Einsatz für eine verbindliche EU-Regulierung. Im März wollten Arbeitsminister Hubertus Heil und Entwicklungsminister Gerd Müller die Eckpunkte für ein Lieferkettengesetz vorstellen. Doch daraus wurde nichts. Laut Medienbe-

richten wurde auf Intervention des Kanzleramtes die Veröffentlichung abgesagt. Wegen der Coronakrise, so zumindest die offizielle Begründung. Dem Vernehmen nach hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel die Minister zuvor aber massiv unter Druck gesetzt. Im Schulterchluss mit den Unternehmensverbänden versuchen Wirtschaftsministerium und Kanzleramt seit Monaten ein Lieferkettengesetz zu verhindern.

Die in der Sache richtigen Bemühungen der Minister Heil und Müller, die offenbar verstanden haben, dass ein Paradigmenwechsel von Nöten ist, werden von Merkel und Altmaier in ihrem Vorgehen entscheidend ausgebremst.



Ein umfassendes Lieferkettengesetz ist aus menschenrechtlicher Perspektive dringend geboten, z.B. versprechen Schokoladenunternehmen seit zwanzig Jahren, die ausbeuterische Kinderarbeit im Kakaoanbau zu beenden. Doch bis heute arbeiten rund zwei Millionen Kinder auf den Kakaoplantagen in Westafrika. Mit einem Lieferkettengesetz kann kein Schokoladenunternehmen mehr tatenlos zusehen, wie Kinder ausgebeutet werden.

Unternehmen, die Schäden an Mensch und Umwelt in ihren Lieferketten verursachen oder in Kauf nehmen, müssen dafür haften. Skrupellose Geschäftspraktiken dürfen sich nicht länger lohnen.

Die Corona-Krise darf kein Argument sein, eine dringend benötigte gesetzliche Regelung aufzuschieben. Das Lieferkettengesetz sollte noch in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht werden.

Unter dem Link: <https://www.weltladen.de/politik-veraendern/petition/> ist eine Beteiligung an der Online-Petition möglich. Weitere Informationen unter: <https://lieferkettengesetz.de>



----- 02.04.2020 -----

6 Millionen

Rheinmetall gibt bekannt, dass der Konzern dafür gesorgt hat, dass bis zu 6 Millionen Atemschutzmasken an die Bundesbehörden geliefert werden. In der PM heißt es: „So ist es dem Unternehmen mit seinem globalen Standort- und Vertriebsnetzwerk vor allem in China gelungen, Lieferquellen für diese dringend benötigten Schutzrüstungen zu erschließen. Bereits in wenigen Tagen sollen rund eine Million Atemschutzmasken (Schutzkategorie FFP-2, CE-zertifiziert) aus der Fertigung eines chinesischen Unternehmens an die zuständige Bundeswehr-Beschaffungsbehörde in Koblenz ausgeliefert werden.“

----- 04.04.2020 -----

Virtueller Ostermarsch für Frieden

Da die Ostermärsche dieses Jahr Corona zum Opfer fallen mussten, gab es ersatzweise etliche kleine Video-Aktionen. Eine davon fand statt an der Einfahrt zur Immelmann-Kaserne in Wietzenbruch. Am Luftbrückendenkmal und vor einer Bundeswehr-Werbetafel sprach zunächst Klaus Meier von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Er forderte kosten- deckende Finanzierung der Klinikleis-



tungen und kritisierte die Bundeswehr als "Klimakiller". DGB-Sprecher Charly Braun zitierte die Verteidigungspolitischen Richtlinien der Regierung. Danach ist es Aufgabe der Bundeswehr, „einen ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.“ Brauns Kommentar: „Es geht immer um wirtschaftliche Interessen.“ Insbesondere der Export von Rüstungsgütern zwingt Menschen zur Flucht. An die Verteidigungsministerin appellierte der Gewerkschafter, Soldaten sollten gern umsonst Bahn fahren, wenn sie „nie wieder mit Kriegsmaschinen ins Ausland fahren.“ Hier könnt Ihr die Reden anschauen und -hören:

<https://youtu.be/CX6pDRXubiQ>

----- 06.04.2020 -----

„Arbeitseinsatz“ für das NPD-Zentrum

Ungeachtet der Auflagen zur Einschränkung gesellschaftlicher Kontakte in der Corona-Krise trafen sich Anfang April einige Aktivisten des niedersächsischen Landesverbandes der NPD zum „Arbeitseinsatz“ auf ihrem entlegenen Hof in Eschede. Mit dabei der Landesvorsitzende Manfred Dammann.

----- 08.04.2020 -----

Stele am Rathaus

Eine Stele am Rathaus erinnert ab sofort an den 8. April 1945. Vor 75 Jahren wurde ein KZ-Räumungstransport am Celler Güterbahnhof von amerikanischen Flugzeugen bombardiert. Eine Hetzjagd auf Überlebende des Angriffs durch Polizei, Wehrmacht und Celler begann. Mehr als 2000 Überlebende traten später den Fußmarsch nach Bergen-Belsen an. Mehrere Hundert Marschunfähige ließ man in Celle zurück und pferchte sie in einen Pferdestall auf dem Gelände der Heidekaserne. Dort steht heute das Neue Rathaus. Zu finden ist die Stele links neben dem Eingang am Stadtpark. Ein QR-Code führt direkt auf die Homepage der Stadt, wo man/frau sich noch eingehender und mit Fotos über die Geschehnisse informiert werden kann.



----- 24.04.2020 -----

Fahrrad ohne Demo

Während die "Kids" bundesweit zu "Streamen statt Straße" aufgerufen hatten, machten die Celler "Parents" eine coole Corona-Aktion. 25 Fahrräder wurden auf der Stechbahn geparkt, versehen mit Losungen zu dem Motto: „Corona kann uns alle treffen - der Klimawandel sicher!“



----- 01.05.2020 -----

Mai ohne Feier

Mit der Kundgebung zum 1. Mai war es für uns dieses Jahr wie für manche mit dem Alkohol: Ganz ohne ist auch keine Lösung. Immerhin hatte attac zwei Plakate auf Stechbahn und Zöllnerstraße aufgestellt.

----- 09.05.2020 -----

75 Jahre Kriegsende

Auf Initiative der "Friedensaktion Lüneburger Heide" versammelten sich 80 Menschen, statt der erwarteten 30, auf dem Friedensplatz in Bergen zum "Tag der Befreiung vom Faschismus".

Charly Braun machte in seiner Rede deutlich, dass „hier in den Landkreisen Celle und Heidekreis die größte Militär- und Rüstungskonzentration Mitteleuropas ist“. Aus der Südheide,



so Braun, gingen und gehen auch heute keine friedlichen Signale in unser Land und in die ganze Welt aus. Diese Region mit Bergen-Hohne, Celle-Wietzenbruch, Faßberg, Munster, Unterlüß etc. ist erneut waffenstarendes Kriegstrainingsgebiet. Der Gewerkschaftsvertreter wies auf Forderungen vom Ver.di Bundeskongress und von DGB Konferenzen hin, die für den Truppenübungsplatz eine neue soziale, ökologische nicht-militärische Wirtschaftsstruktur einfordern. „Gemeinsam mit unserer Bürgerinitiative wollen wir ein UNESCO-Biosphärengebiet entwickeln, das erfahrungsgemäß viele neue landwirtschaftliche und touristische Arbeitsplätze schafft“.

Nach der Veranstaltung gingen viele Teilnehmer noch mit Charly Braun zum Gedenkort Güterwaggon an der Rampe um sich vor Ort über die Nazi-Verbrechen und über die aktuelle Nutzung der Verladeanlage zum Transport von Kriegsgeräten zu informieren.

----- 16.05.2020 -----

Weihnachtsbeleuchtung

Manchmal sind wir einfach „unsachlich“, jetzt zum Beispiel: Exklusiv durfte die CZ berichten, dass OB Nigge sich „externe Experten“ ins Rathaus geholt hat, um die Wirtschaft stärker zu fördern. Als Expertise des einen wurde u.a. genannt, dass er die Stadt Rastatt (seinen bisherigen Arbeitgeber) mit einer neuen Weihnachtsbeleuchtung beglückt hat. Sein Name: Johannes Flau. An seiner Seite soll zusätzlich eine Johanna kämpfen, Nachname Croll. Ihr bisheriger Job: Sprecherin bei der Sparkasse Celle. Geballte Kompetenz-Kompetenz würde Edmund Stoiber sagen. Celle auf dem Weg zur Boomtown in der Heide.

----- 27.05.2020 -----

Vorbildliche 1,50



----- 29.05.2020 -----

Schluss mit Schlachthof!

In der Nacht vom 29. auf den 30. Mai hat eine Gruppe von Tierrechtsaktivist*innen an den Dammaschwiesen in Celle ein Banner aufgehängt. Durch die Aufschrift „Ihr vermisst eure Freiheit? Ein Masthuhn hat sie nie!“ wollen die Aktivist*innen auf Missstände in der Tierhaltung der Fleischindustrie hinweisen.

„Grund für unsere nächtliche Aktion ist, Menschen darauf aufmerksam zu machen, wie wenig Platz Hühner in der Massentierhaltung wirklich haben. [...] Auf den Dammaschwiesen würden unter vergleichbaren Verhältnissen 32.500 Menschen leben. Das entspricht etwa 2 qm² pro Mensch. [...] Der Schlachthof in Wietze tötet jede Stunde 27.000 Hühner, die ihr ganzes Leben unter solchen Umständen verbracht haben.“, schreibt die Gruppe, laut Eigenbezeichnung „Menschen, die gerne alle Tiere in Freiheit sehen würden“, in einer Erklärung auf der unabhängigen Medienplattform indymedia. Sie schließt mit der Aufforderung: „Denk mal darüber nach!“

Der genannte Schlachthof Wietze bei Celle gehört europaweit zu den größ-

ten. Seit Beginn der Planungen gibt es einen breiten Protest von verschiedensten Personen und Initiativen dagegen, von Anwohner*innen über kleinbäuerliche Bündnisse bis hin zu Umweltaktivist*innen. Auch nachdem eine Feldbesetzung gegen die Bauarbeiten geräumt worden war und die rund 7000 Teilnehmer*innen an einer Menschenkette im August 2013 wieder abgereist waren, ist die Kritik nicht verstummt.

In ihrer Erklärung verweisen die Banner-Aktivist*innen zudem auf Aktionstage des Bündnisses „Gemeinsam gegen die Tierindustrie“ vom 28. bis zum 31.05. Bei diesem Aufruf wurde ein Fokus unter dem Motto #SolidaritätStattFleischindustrie vor allem auf prekäre Arbeitsbedingungen der Arbeitenden des Sektors gesetzt. Besonders in Schlachtbetrieben kommen Werkverträge und Leiharbeit häufig vor, welche den Arbeiter*innen kaum sichere Lebensverhältnisse ermöglichen.



Ride a Black Swan

Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Oma Lilo: Wenn's nach dem Habeck geht, sollen bei der nächsten Bundestagswahl ja schon 16jährige wählen dürfen, weil ... ja, weil sie sich so brav verhalten haben.

Der Besserwisser: Eine fast philosophische Sicht aufs Wahlrecht; aber eigentlich hofft er nur auf ein kleines Surplus für seinen umfragegebeutelten Laden.

Oma Lilo: Und - würdest du Kreuze machen wollen, Jonas?

Klein Jonas: Wenn ich euch richtig verstanden habe, heißt "wählen gehen" doch "zustimmen", oder? Das gibt's von mir nicht. Ich will, dass alles unterlassen wird, was die Erderwärmung befeuert und das Artensterben so weitergehen lässt.

Der lange Lulatsch: Aber genau das wird passieren, Stichwort: Abwrackprämie ...

Oma Lilo: Sie nennen's doch jetzt Neustartprämie. Eine Abwrackprämie wäre ja eher, für den Verzicht auf einen eigenen PKW mit einem super-günstigen ÖPNV-Preis belohnt zu werden.

Die Dicke: Vielleicht gibt's aber angesichts Corona doch noch positive Überraschungen. Es gibt ja auch einen Lobbyismus pro Energie- und Verkehrswende.

Oma Lilo: Und alles dreht sich um den „Schwarzen Schwan“?

Der lange Lulatsch: Hä?

Klein Jonas: Ich hab's gelesen. „Schwarzer Schwan“ ist ein Bild dafür, dass durch eine völlig unerwarteten Krise alles alte Denken auf den Kopf gestellt wird.

Der Besserwisser: Management-Lyrik. Nach Corona soll vor Corona werden, vielleicht mit einer Marktvereinigung als nicht unwillkommener Begleiterscheinung.

Oma Lilo: Mich hat schon überrascht, wie sehr die allermeisten Regierungen auf das Virus reagiert haben – fast ohne Rücksicht auf die Volkswirtschaften.

Der Besserwisser: Oder nicht genau andersherum? Die industrielle Produktion kann sich nun mal keinen unplanbaren und überproportionalen Krankheitsstand leisten. Also musste, um die Grundlage der kapitalistische Produktion zu erhalten, das öffentliche Leben weitgehend ausgesetzt werden.

Oma Lilo: Auch in der Automobilindustrie haben Bänder stillgestanden, oder?

Der Besserwisser: Ja. Die Absatzkrise war sowieso schon da. Und der Schaden blieb angesichts des Kurzarbeitergeldes überschaubar.

Die Dicke: Aber wer soll jetzt die Autos kaufen?

Der Besserwisser: Genau. All die Frisösen und Kellner hatten ja eigentlich fest vor, sich zu Pfingsten einen neuen BMW zu kaufen.

Die Dicke: Trotzdem bleibt die Frage im Raum, warum es auf einmal



um Gesundheit geht. Die ganzen Verkehrstoten, all die Leute, die wegen Luftverschmutzung oder schlechter Ernährung Jahre ihres Lebens draufgeben, haben doch bisher kaum interessiert.

Der lange Lulatsch: Ups – wenn du genau hinauschaust: alles Kollateralschäden der Kapitalvermehrung, oder?

Oma Lilo: Die Covid-19-Toten wurden im Unterschied zum Normalzustand ja sichtbar in Wuhan und Bergamo – und ein Schluss liegt nah: Systemversagen. Und dabei geht es nicht um irgendwas, sondern um den unausgesprochenen Deal zwischen Staat und seinen Untertanen: Sicherheit gegen Unterordnung.

Der lange Lulatsch: Du meinst, anders hätten die Staaten an Herrschaftslegitimation eingebüßt.

Klein Jonas: Und was ist mit den Hygiene-Demos?

Oma Lilo: Den Teilnehmenden ist ja der Gegenstand fast egal. Hauptsache: Merkel muss weg. Und Schuld an allem ist „Kill the Bill“ Gates.

Der lange Lulatsch: Viele wollen die Rückkehr zum Normalzustand, weil ihnen der Lockdown materiell ziemlich zusetzt.

Der Besserwisser: Und vorher hatten sie das große Los gezogen, oder was? Besser lausige Chancen als gar keine.

Der lange Lulatsch: Ja klar, sie sollten sich lieber darum scheren, wer jetzt die Zeche zahlt – bargeldlos selbstverständlich. Also: Mal die Reichen und Superreichen über Vermögens- und Erbschaftssteuer zur Kasse bitten. Bei Hartz IV die Einkommensfreibeträge, das geschützte Vermögen erhöhen und die Sanktionen abschaffen. Solo-Selbstständige in die Sozialversicherungen „zwingen“, denn, wie sie ja jetzt selbst sehen, sind sie eigentlich nur ungeschützte Tagelöhner.

Oma Lilo: Das Motto für die Linke also: „Ride a Black Swan“ – um mal abgewandelt den ersten Hit von T. Rex ins Spiel zu bringen.

Der lange Lulatsch: Hippie-Scheiße.

Oma Lilo: Aber in Vollendung.

Klein Jonas: Was dann ja ebenso gelten muss für Maßnahmen gegen die Öko-Krise. Das Wissen gibt es doch – oder wie Greta gesagt hat: *„Wir können die Welt nicht retten, indem wir uns an die Spielregeln halten. Die Regeln müssen sich ändern, alles muss sich ändern, und zwar heute.“*

Der Besserwisser: Oho, wie Greta sagt.

Oma Lilo: In Krisen, sagen manche, öffnen sich Gelegenheitsfenster. Krisen können ein emanzipatorische Potenzial haben. Deshalb geht es um politische Hegemonie. Was taugen die ja vorhanden Alternativen jetzt? Lassen sich die dominanten Trends aufhalten? Ist die Zeit reif für gesellschaftliche Transformationen?

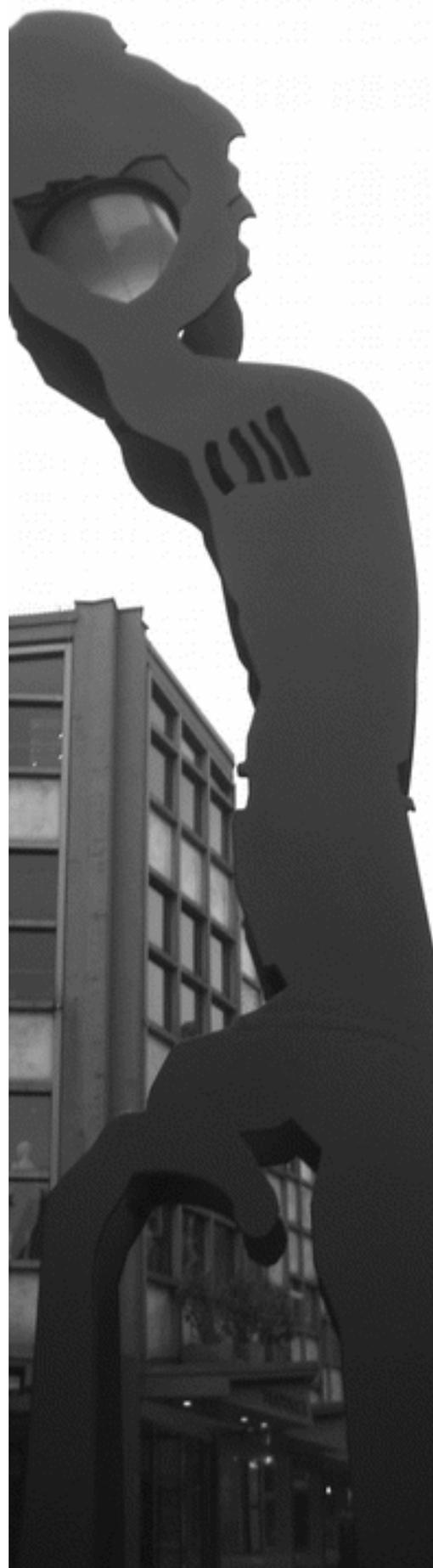
Der lange Lulatsch: Ehrlich? Sieht leider doch eher danach aus, dass sich das Kapital mit seinen Vorstellungen durchsetzt.

Oma Lilo: Genau deshalb braucht's dringend einen Fridays-Neustart. Jonas, wie sieht's aus?

Klein Jonas: Auf jeden Fall.

Die Dicke: Ehe wir's vergessen. Wir müssen noch der revista gratulieren.

Alle: Zum Jubiläum und sowieso / Da könn' wir nur rufen: Weiter so!



Wo der Neonazi Gehör findet

In einem Artikel in der Celleschen Zeitung hat der Landesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten viel Raum bekommen, um seine Gedanken auszubreiten und Gegnern zu drohen. Dagegen protestieren Aktivisten

HAMBURG taz | Unbekannte haben Freitagnacht das Wort „Nahtzischeiße“ an die Fassade der Celleschen Zeitung (CZ) gesprüht und einen Schaukasten eingeschlagen, in der die aktuellen Ausgaben hängen. Es handelt sich dabei mutmaßlich um Protest gegen die Berichterstattung der Lokalzeitung über ein neues Zentrum der NPD in der Gemeinde Eschede. Die Partei hat es im vergangenen Jahr von NPD-Mitglied Joachim Nahtz gekauft. Hiervon leitet sich das Wort „Nahtzischeiße“ ab. In der Berichterstattung darüber habe ein Neonazi zu großen Raum in der Zeitung bekommen, sagen die Kritiker.

In den vergangenen Monaten hat die NPD begonnen, den in die Jahre gekommenen Hof, auf dem schon seit vielen Jahren rechte Szenetreffen wie etwa Sonnenwendfeiern stattfinden, auszubauen. Ebenso lange gibt es in der Region auch Proteste gegen den Treffpunkt. Die CZ hat vor diesem Hintergrund bei der Jugendorganisation der NPD, den Jungen Nationaldemokraten (JN), um ein Statement gebeten.

Am 30. April veröffentlichte die Zeitung unter dem Titel „Extremismus verärgert: ‚Wir sind nicht zahnlos‘“



einen Text, in dem der niedersächsische JN-Landesschef Stefan Weigler aus Braunschweig zu Wort kommt – sehr ausführlich und ohne ein Statement, beziehungsweise eine Einordnung der örtlichen Gegenbewegung.

In dem Text beschreibt Weigler die Arbeiten auf dem Hof, den man zum „Bildungs- und Gemeinschaftszentrum des nationalen Niedersachsens weiter aufblühen“ lassen wolle – und die Maßnahmen der Rechtsextremen gegen den Protest: „Und ein Zaun zierte nun das Gelände, um die verwirrten Gegendemonstranten bei unseren weiteren Feierlichkeiten auch entsprechend auf Abstand zu halten“, sagt er. Die Corona-Auflagen würden beim Ausbau eingehalten. Zuvor soll es Anzeigen bei der Polizei gegeben haben.

Zudem versucht er den Protest zu diskreditieren und zu suggerieren, eine Mehrheit in der Region sehe ihn kritisch: Die Demonstranten würden „bis auf wenige Scharfmacher im Ort“ zum „Großteil von außerhalb angekart“. Für ihn sei es „kein Wunder, dass die Gegendemonstrationen, die Verkehrsbehinderungen und Belästigungen durch linke Störer in Eschede immer weiter auf Unverständnis stoßen“.

Und Weigler wird deutlich: „Wir sind geduldig und kompromissbereit – aber vor allem sind wir nicht zahnlos.“

Anita Förster, Pressesprecherin der Kampagne „Landfriedensbruch – Gegen das Nazizentrum in Eschede“, sieht darin eine eindeutige Drohung in Richtung des Gegenprotestes. Die CZ hob diese Aussage sogar in die Überschrift.

„Wir fragen uns, wie es sein kann, dass trotz der vorhandenen Fakten bezüglich der Aktivitäten auf und um den Hof Nahtz in den letzten Jahren und vor allem im letzten Winter, die Cellesche Zeitung tatsächlich bereit ist, eine Stellungnahme von Sebastian Weigler als Vorsitzendem der JN Niedersachsen unkommentiert abzudrucken.“

Die Zeitung habe dem JN-Sprecher eine „große Bühne“ für „eindeutig rechte Polemik“ und vor allem für politische „Diffamierung des aktiven Gegenprotestes“ geboten, sagt Förster.

Es gehe ihr nicht darum, dass die JN sich nicht zu dem Hof Nahtz äußern dürfe, sondern darum, dass „dies völlig ohne Rahmen und Bewertung in der Zeitung“ erschienen sei.

Denn einen Kommentar gab es zeitgleich mit dem Artikel nur online. In der Zeitung stand dieser erst einen Tag später. Darin hebt der Autor, der auch schon für die taz geschrieben hat, selbst hervor, dass Sebastian Weigler von den JN vorgeschickt werde, „wenn sich die NPD als

harmlose Volkspartei tarnen will“. Der JN-Vorsitzende fungiere „als bürgerliches Feigenblatt der norddeutschen Neonazis“.

Der Autor macht im Kommentar auch deutlich, an welchen Stellen Weigler sich verharmlosend geäußert hat: „Bei ihm klingt es so, als würden sich in Eschede ein paar Kumpels ein Ferienhaus renovieren, weil man in der Südeide so schön zusammen Bier trinken kann. Tatsächlich wollen die Rechtsextremisten im Niemandsland hinter Eschede ungestört ihre Anhänger radikalieren.“

Die Zeitung berichtet regelmäßig über die Entwicklung auf dem Anwesen – und auch über den anhaltenden Protest. „Wir wollten mit dem Artikel auf die gefährliche Entwicklung hinweisen“, sagt Ralf Leineweber, der Chefredakteur der CZ. In der Redaktion habe die Auffassung vorgeherrscht, dass sich der JN-Funktionär durch seine Aussagen selbst entlarvt habe. Seine Radikalität sei bis hin zu einer Drohung deutlich geworden. Die Zeitung habe ihm keine Plattform liefern wollen, sagt Leineweber.

Dennoch sei es ein Fehler gewesen, den Kommentar erst später in der Zeitung zu veröffentlichen, räumt der Chefredakteur ein.

Förster von der Kampagne fordert die CZ auf, künftig „nicht mehr jeden Blödsinn von Nazis unkommentiert und uneingeordnet abzudrucken“. Es gebe genug gute Initiativen und Journalist*innen in der Region, die viel über den NPD-Hof und die Machenschaften und Pläne der Nazis dort sagen könnten. „Braunschweiger Neonazis mit ihrer durchsichtigen Propaganda muss man dafür nicht unkommentiert zu Wort kommen lassen.“



Auf der Facebook-Seite <https://www.facebook.com/landfriedensbruch.eschede/> hat die Dorfjugend eine Auswertung der wichtigsten Strukturen und Teilnehmer*innen der NPD-Wintersonnenwendfeier und JN-Demonstration in #Eschede am 21.12.2019 geliefert; mit dabei war mal wieder der „alte Bekannte“ Dennis Bührig. Die Recherche der Dorfjugend nahm die CZ zum Anlass eines eigenen Artikels.

Sehr nützliche Seite – die Infos können zusätzlich abgegriffen werden über

Twitter: @EschedeNazifrei

Instagram: @landfriedensbruch.eschede

Demonstration in Eschede am 20. Juni

Nachdem im Winter die bisher größte Demonstration in Eschede gegen die Nazitreffen auf dem NPD Hof stattfand, hat die NPD für dieses Jahr neuen Demonstrationen angemeldet. Damit hat sie für Unruhe im Dorf gesorgt. Und nicht nur dort, Eschede ist in den Medien im Moment sehr präsent. Dafür sorgte unter anderem auch der Rausschmiss von des ehem. Brandenburger AfD-Landeschefs Andreas Kalbitz aus der AfD, nachdem öffentlich bekannt wurde, dass Kalbitz 2007 bei einem Treffen der Heimmattreuen deutschen Jugend (HDJ) in Eschede war. Die HDJ wurde 2009 vom Bundesinnenministerium verboten wegen ihrer „dem Nationalsozialismus wesensverwandten Ideologie“ und einer „aktiv-kämpferischen, aggressiven Grundhaltung“. Bei dem Treffen in Eschede waren 200 Leute, darunter ganze Familien mit ihren Kindern. Die „Erziehung“ der Kinder war Hauptaufgabe der HDJ und bestand aus Drill und ideologischer Schulung. Auf dem „Stundenplan“ standen Rassenkunde, Hitler-Verehrung, Antisemitismus, Blut- und Boden-Ideologie und NS-Brauchtum.

Die Demonstration gegen die Nazitreffen wurde weit vor dem Medienhype vom Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus und dem Deutschen Gewerkschaftsbund Nord-Ost Niedersachsen angemeldet. Sie ist Teil der seit Jahren laufenden Kampagne gegen das Nazizentrum.

Unter dem Motto „Gemeinsam gegen die Nazitreffen“ wird die Demonstration am 20. Juni um 13.00 Uhr am Escheder Bahnhof starten und sich Richtung NPD Hof bewegen.

Treffen und Auftakt: 13.00 Uhr Bahnhof Eschede, Rondell Nordseite, Hermannsburger Straße; **Demonstrationszug:** vom Bahnhof Eschede bis Kreuzung Hermannsburger Straße / Zum Finkenberg / Am Dornbusch; **Zwischenkundgebung:** 14.00 Uhr an dieser Kreuzung; **Demonstrationszug:** auf der Straße Zum Finkenberg bis etwa 150 Meter nördlich des Gebäudes des NPD-Landesverbandes Niedersachsen; **Zwischenkundgebung:** ca. 15.00 Uhr vor dem Gebäude des NPD-Landesverbandes Niedersachsen; **Demonstrationszug:** zurück zur Kreuzung Hermannsburger Straße / Zum Finkenberg / Im Dornbusch; **Zwischenkundgebung:** an dieser Kreuzung; **Demonstrationszug:** Hermannsburger Straße von der Kreuzung Hermannsburger Straße / Zum Finkenberg / Am Dornbusch zum Bahnhof Eschede, dort Abschluss der Versammlung.

Gleichzeitig hat das Netzwerk Südeide eine Kundgebung an der Kreuzung Hermannsburger Straße / Zum Finkenberg / Am Dornbusch angemeldet.

Diese Kundgebung ist eine Ergänzung zu der Demonstration des Forums gegen Gewalt und Rechtsextremismus und des DGB. Sie ist ein Angebot an diejenigen, für die der Weg zum Hof des NPD-Landesverbandes Niedersachsen, Zum Finkenberg 1, zu beschwerlich ist.

Die Veranstalter*innen laden alle Interessierte ein zu kommen, um wieder ein starkes Zeichen gegen Neonazis und Rassisten zu setzen. Damit die Veranstaltung trotz Corona wie geplant durchgeführt werden kann, werden alle gebeten, sich Masken mitzubringen und vor Ort an die Abstandsregelungen zu halten.

„Windräder werfen mit Eis“

„Windräder gefährden Anwohner und Passanten durch Eiswurf“

Herabfallende Eisstücke sind bei allen hohen Bauwerken eine Gefahr. Bei Windrädern kommt es durch die Rotation der Rotorblätter allerdings zu einer gewissen Wurfweite. Bei den Onshore üblichen Windrädern bis ca. 3,5 MW Leistung beträgt diese Wurfweite mit Sicherheitszulage maximal 420 m. Das liegt unter den auch aus anderen Gründen geforderten Mindestabständen zu Windrädern. Auch treten die für Eisbildung nötigen Wetterverhältnisse sehr selten auf. Das Abwerfen von Eis findet nur in einer sehr kurzen Zeitspanne statt und Spaziergänger*innen werden ggf. durch Schilder gewarnt. Aufgrund der aktuellen Zulassungsverfahren besitzen Windräder an Verkehr gefährdenden Stellen inzwischen Eisabtau- oder automatische Eisabschaltungsanlagen. Fazit: Dieses Problem ist streng genommen keines mehr.

„Blinklichter rauben den Schlaf“

Aus Flugschutzgründen sind die meisten Windrädern mit rot blinkenden Warnlichtern ausgestattet. Dass dies Anwohner*innen stört, ist nachvollziehbar. Auch hier gibt es eine Lösung: Bei modernen Windrädern sind die Blinklichter ausgeschaltet und werden über das Radarinformationssystem der deutschen Flugsicherung nur solange kurzzeitig eingeschaltet, wie sich ein Flugzeug auf unter 4000 m Entfernung und unter 600 m Höhe befindet. Fazit: Auch dieses Problem sollte keines mehr sein.

„Schattenschlag zerrütten das Gehirn“

Wenn die Rotorblätter wie ein Spiegel Licht reflektieren, kommt es zum sog. Diskoeffekt. Was manche*r sich freiwillig in der Disko bzw. bei Konzerten antut, mag man/frau nicht unfreiwillig im Wohnzimmer haben. Bei modernen Windanlagen sind die Rotorblätter allerdings nichtreflektierend lackiert. Ein Problem bleibt allerdings der ständig wechselnde Schlagschatten: Steht ein Windrad zwischen Sonne und einem Gebäude kommt es zu einem Schattenwurf in Richtung des Gebäudes. Dessen Stärke nimmt mit der Entfernung ab und ist bei modernen 3,5 MW Anlage ab 800 m bis 1000 m nicht mehr wahrnehmbar. Wo es allerdings merklichen Schatten gibt, entsteht durch das Drehen des Windrads bei ungünstiger Lage von Windrädern zu Wohnbebauungen ein Flickereffekt. Dieser führt bei längerer Dauer zu einer Beeinträchtigung des menschlichen Wohlbefindens. Doch auch dieses Problem ist inzwischen gelöst. Die Zulassungsverfahren schreiben vor, dass dieser Schattenwurf nicht länger als 30 Minuten am Tag und 30 Stunden im Jahr betragen darf. Kann das aufgrund von Lage und Entfernung nicht sicher eingehalten werden, müssen die Windräder automatische Abschaltvorrichtungen besitzen. Fazit: Auch dieses Problem sollte keines mehr sein.

„Hörbarer Lärm und unhörbarer Infraschall machen die Leute verrückt“

Windräder machen Lärm im hörbaren Bereich. Diese Geräusche sind jedoch mit bis zu ca. 60 dB sehr gering (normale Gesprächslautstärke ist 56 dB). Tagsüber werden sie im Meer der sonstigen Hintergrundgeräusche kaum wahrgenommen. Auch nehmen diese hörbaren Geräusche mit dem Quadrat der Entfernung ab. Deshalb spielen sie bereits bei wenigen Hundert Meter Abstand keine Rolle mehr. Problematischer scheint der unhörbare Infraschall der WEAs zu sein. Töne unter 20 Hz werden von den menschlichen Hörorganen nicht mehr registriert. Dennoch können diese Töne – wenn sie sehr stark sind – direkt über den Tastsinn des Körpers wahrgenommen werden. Allerdings haben Infraschalltöne (auch die der WEAs) eine sehr große Reichweite von mehreren Kilometern. Doch die Intensität des Infraschalls nimmt – wie beim hörbaren Schall – mit dem Quadrat der Entfernung ab. Deshalb liegt dieser unhörbare Lärm mit bis zu max. 80 dB im normalen Abstand zu den Windrädern mit Sicherheit unter der Wahrnehmungsgrenze.

Infraschall von WEA ist ein Problem der selektiven Wahrnehmung

Die Hauptverursacher von Infraschall sind Lkw- und Pkw-Straßenverkehr, Schienenverkehr, Flugzeuge, Industrie, Baustellen, Biogasanlagen, Nachbarschaft, Freizeitaktivitäten, Sport usw. Doch damit haben sich die meisten Menschen längst abgefunden. Aber Windenergie, das ist offenbar ein Thema, wo man endlich mal dagegen sein darf. Eine im Auftrag der Energieagentur NRW durchgeführte Studie untersuchte ein Wohngebiet, in dem 43 % der Anwohner*innen über Belästigung durch WEA-Infraschall klagten. Während der Studie wurde nicht nur der hörbare Lärm und der Infraschall in verschiedenen Entfernungen zu den Windrädern im Freien vermessen, sondern auch in den Wohngebäuden bis in die Schlafzimmer und zwar rund um die Uhr. Es zeigte sich, dass es keinen Zusammenhang zwischen der Entfernung zum Windpark und der empfundenen Belästigung gab. Verblüffend war, dass die Anwohner*innen auch dann unter dem vermeintlichen WEA-Infraschall litten, wenn die Windräder ausgeschaltet waren. Erklärung: Der störende Infraschall stammte gar nicht von den Windrädern, sondern aus dem Straßenverkehr. Durch die Mitwirkung bei den Messungen sank der Anteil der Anwohner*innen, die sich durch die Windräder stark belästigt fühlten von ursprünglich 10 auf 3 Prozent. Fazit: Bei normalem Abstand sollte Infraschall kein Problem sein.

„Windräder verschandeln die Landschaft“

Eine gebürtige Magdeburgerin klagt: „*Unsere schöne Börde* haben sie komplett mit Windrädern verschandelt.*“ (* die Magdeburger Börde ist eine der

fruchtbarsten Ackerflächen Deutschlands). Tatsache ist: Die Börde war schon zu DDR-Zeiten und wurde nach der Wiedervereinigung noch verstärkt zu einer einzigen großen „Agrarwüste“ mit kilometerlangen, Pestizid „gepflegten“ Zuckerrüben-, Weizen- und Mais-Monokulturen. Jedes Windrad trägt hier zur Auflockerung des trostlosen Landschaftsbilds bei und ist ein gutes Beispiel, dass Naturnutzung nicht Naturzerstörung sein muss. Anderes Beispiel: In einem kleinen Ort in Oberbayern sollte ein Windrad errichtet werden. Unter Anderen protestierte der katholische Pfarrer erfolgreich dagegen: Erstens wäre das Windrad höher als der Kirchturm und zweitens sei es eine Verschandelung der von Gott gegebenen wunderschönen bayerischen Naturlandschaft. Ein Ortstermin ergab jedoch folgendes Bild: Ein Fabrikschornstein ist bereits höher als der Kirchturm, das Dorf ist umzingelt von Mobilfunkmasten und in der „gottgegebenen Naturidylle“ wurde gerade mitten auf der Wiese ein neues Einkaufszentrum errichtet. Gott hat diesen katholischen Ayatollah offensichtlich mit Blindheit geschlagen. Fazit: Es ist sicher vernünftig, in echte (!) Naturschutzgebiete keine WEAs zu bauen. Doch in anderen Fällen beruht die Ablehnung wohl eher auf dem Phänomen der selektiven Wahrnehmung.

„Windräder sorgen für Neid und Missgunst unter Landwirten“

Diese Aussage ist allerdings nur zu wahr. Verpachtet ein Landwirt Ackerflächen, so liegen die Erträge 2019 laut Handelsblatt und diversen lokalen Zeitungen pro 3,3 MW Windrad zwischen 20.000 und 100.000 Euro. Vorteil für den Landwirt: Man kann um die Windräder herum weiterhin Landwirtschaft betreiben und der Flächenverlust pro Einzelwindrad beträgt maximal 1000 m² pro Hektar (Sockelfläche, Wartungsfläche für Kran und Zufahrtsweg), bei mehreren Windrädern sogar weniger. Ein Supergeschäft für den Landwirt, wenn man bedenkt, dass der Gewinn mit normalem Ackerbau bei maximal 1000 Euro pro Hektar (10.000 m²) liegt. Kein Wunder, dass Landwirte ohne Windrad meist strikte Gegner von WEAs sind. Fazit: Wohl eher ein Problem des „Futterneids“. Alternative: Vielleicht sollten die WEA-Flächen als Bürgerwindpark gekauft werden und die umliegenden Ackerflächen günstig an Bio-Landwirte verpachtet werden.

„Offshore-WEAs schädigen Meerestiere“

Rammen und Bohren bei Anlegen des Fundaments am Meeresboden verursachen einen erheblichen Geräuschpegel. Dieser kann Meerestiere, wie z. B. Schweinswale, desorientieren und sogar in den Tod treiben. Aber es gibt Abhilfe: Durch das Legen eines Blasenschleiers während des Rammens kann die Schallemission gedämpft und die beschallte Fläche um ca. 90 % verringert werden. Auch sog. Schwerkraftfundamente, die ohne Rammen einfach auf den Meeresboden gelegt werden, sind eine umweltfreundliche und sogar kostensparende Alternativlösung. Und dann zeigte sich, WEA-Fundamente sind wahre Biotope. Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) untersuchte fünf Jahre lang die Aus-



wirkungen von Bau und Betrieb des WEA-Parks alpha ventus. Ergebnis: Selbst wenn während der Bauphase kein Schallschutz durchgeführt wird, meiden Schweinswale die Baustelle in einer Entfernung von zu 20 km. Danach kehrten sie nach und nach zurück. Auch der befürchtete Vogelschlag trat nicht ein. Die Bewegungen und Beleuchtungen der WEAs scheinen die Vögel zu verscheuchen, so dass sie die WEAs problemlos umfliegen. Dass der „natürliche“, flache, eintönige Meeresboden der Nordsee vor Deutschland für die meisten Meerestiere kein optimaler Lebensraum ist, weiß die Forschung schon lange. Seit Jahrzehnten weiß man, dass z. B. Schiffswracks als künstliche Riffe idealen Lebensraum schaffen. Das zeigte sich auch bei den WEA-Sockeln. Die Biodiversität nahm im WEA-Gebiet stark zu. Es siedelten sich u.a. Muscheln, Seeanemonen, Seelilien und Seesterne an und auch Fische wie der langstachelige Seeskorpion, die Makrele und der Leierfisch. Fazit: Offshore-WEA scheinen eine gute, relativ umweltverträgliche Lösung zu sein!

„WEA, sind nur ein Geschäft für Reiche, die Armen haben nichts davon“

Aber auch von Teilen der Linken kommt scharfe Kritik an dem Ausbau regenerativer Energie und speziell auch von Windenergie. Doch welches Geschäft nützt in einer freien Marktwirtschaft schon den Armen? Oder sind die Armen nicht sogar Ergebnis von „Geschäften“? Zugegeben, der Arme wird sich nicht mal an einem Bürger-Windpark beteiligen können. Trotzdem seltsam, wenn Linke ausgerechnet bei der Windkraft ihre Kritik am Kapitalismus entdecken. Kleine Erinnerung: Karl Marx hat dem Kapitalismus immerhin zugute gehalten, Technologien hervorzubringen, die den Menschen von der „Idiotie des Landlebens“ und dem „Zwang zur Arbeit“ befreien könnten. Fazit: Sollen die „Reichen“ also lieber in Klima zerstörende Kohlekraftwerke und die Erde radioaktiv verseuchende AKWs investieren? Und soll man lieber abwarten, bis dank Klimawandel der Kapitalismus samt Menschheit verschwunden ist?

Unsere Empfehlung aktuelle Broschüre:

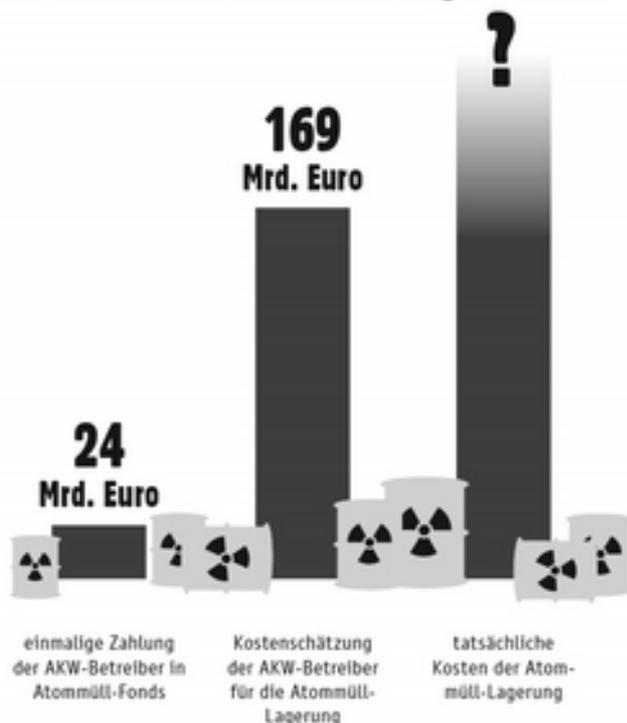
„Atomkraft ein Irrweg aus der Klimakrise“

Schon vor Corona wurden Forderungen laut, zur Bewältigung der Klimakrise weiterhin auf „CO₂-neutrale AKWs“ zu setzen. Man kann zwar sicher sein, dass in Deutschland keine neuen AKWs mehr gebaut werden (z.B. ist SIEMENS einst weltweit führend beim AKW-Bau, aus Gründen mangelnder Wirtschaftlichkeit längst aus der Kernkraft ausgestiegen). Aber bereits jetzt wird der Ruf laut, nach Corona die deutschen AKWs länger als bis 2022 laufen zu lassen. Sie emittieren zwar weniger CO₂ als Kohlekraftwerke, aber es würde weiterhin Atommüll produziert und mit fortlaufendem Alter der AKWs steigt die Gefahr von schweren Unfällen – bis hin zum GAU – allein schon durch die naturgesetzlich gegebene Materialermüdung extrem an.

Generell sprechen gegen Atomkraft als Brückentechnologie einer CO₂-neutralen Energiewende folgende Fakten:

1. Kernkraft ist nicht leistungsfähig genug: Derzeit liefern rund 400 AKW weltweit nur 2 % des Weltenergiebedarfs. Selbst eine Verdopplung durch Neubau von AKWs, hätte kaum einen Effekt. **2. Kernkraft ist ein Auslaufmodell:** Der globale Atompark ist überaltert. Es werden mehr AKWs abgeschaltet als neu gebaut. **3. Neubau von AKWs ist zu langsam:** Der Bau eines AKW dauert inklusive Planung mindestens zehn Jahre, eher aber 15 bis 20 Jahre. Der Klimawandel ist aber viel schneller! **4. AKWs sind unwirtschaftlich:** Ohne Endlagerungs- und Entsorgungskosten kostet als Erzeugerpreis Strom aus AKWs ca. 12 Cent/kWh, Windkraft und Photovoltaik ab ca. 4 Cent/kWh. Mit den Kosten für Entsorgung und Endlagerung läge Kernkraft inzwischen sogar weit über 1 Euro/kWh!

Das Atommüllerbe zahlt die Allgemeinheit



5. Kernkraft hängt dauerhaft am Subventionstropf: Die wesentlichen Kosten für Bau und Rückbau der AKWs, Entsorgung und Endlagerung der Brennstäbe (heute schon ca. 200 Mrd. Euro in D) werden der Allgemeinheit und kommenden Generationen aufgebürdet. **6. AKWs verhindern Klimaschutz:** Jeder Euro, der in Atomkraft fließt (auch heute noch in D Mrd.), fehlt für den Ausbau Erneuerbarer Energien und für Investitionen in Speichertechnologien und Energieeffizienzmaßnahmen. **7. AKWs sind nicht kompatibel zu regenerativen Energien:** Im Unterschied zu Gaskraftwerken oder kombinierten Gas und Dampfkraftwerken (GuD) können AKWs ihre Leistung kaum regeln. Solar- und Windstrom muss deshalb oft ungenutzt abgeschaltet werden, wenn die AKWs weiterlaufen. **8. Die Uranressourcen sind endlich:** Für den Betrieb der derzeit laufenden AKW reichen die Uranvorräte nur noch wenige Jahrzehnte. Die Sonne scheint noch 5 Mrd. Jahre. **9. AKWs sind zu gefährlich:** Beim Betrieb von AKWs kann es jeden Tag zu einem schweren Atomunfall kommen, mit dauerhaften Folgen für Leben und Gesundheit von Millionen Menschen. Das zeigte Harrisburg in den USA, Tschernobyl in der UdSSR und Fukushima in Japan. Und auch Krümmel in Deutschland schrammte beim ersten Trafobrand 2007, als die automatische Abschaltung versagte, nur knapp am GAU vorbei. **10. AKWs dienen dem Atomwaffenbau:** Atomkraft ist eine Schlüsseltechnik zur Herstellung von Atomwaffen, die zu den größten Bedrohungen für das Überleben der Menschheit gehören. **11. Das Atommüllproblem ist ungelöst:** Es gibt kein (bezahlbares) dauerhaft (!) sicheres Lager für Atommüll. Dies gefährdet die kommenden 30.000 Generationen. **12. Kernkraft ist nicht wirklich klimaneutral:** Der gesamte Lebensweg des Brennstoffs für die Reaktoren erzeugt erhebliche Mengen CO₂. **13. Kernkraft ist umweltschädlich:** Vom Abbau von Uran über die Aufbereitung der Brennstäbe bis zur Entsorgung setzt die atomare Produktionskette radioaktive Emissionen frei mit schweren Schäden für Mensch und Umwelt. Zum Beispiel rosten in Sibirien 80 000 t Atommüll aus Frankreich und Deutschland in einfachen Stahlfässern vor sich hin. **14. AKWs sind anfällig für den Klimawandel:** Aufgrund heißer, trockener Sommer fehlt es an den Fluss-Standorten an Kühlwasser, so dass in den letzten Jahren viele AKWs deshalb abgeschaltet werden mussten. Der Standort am Meer erhöht die Unsicherheit u.a. durch Überflutungsgefahr.

All diese hier kurz zusammengefassten Argumente finden sich in der Broschüre „Irrweg in der Klimakrise – Warum Atomkraft keine Antwort auf den Klimawandel ist“ auf über 20 Seiten leicht verständlich mit Zahlen, Daten und Fakten erläutert und belegt. **Die Broschüre kann bei der Initiative „ausgestrahlt e.V.“ kostenlos in Printform bestellt oder als PDF heruntergeladen werden.**

https://www.ausgestrahlt.de/shop/produkte/catalogue/broschure-irrweg-in-der-klimakrise_763/

In Eberhard Schlotter's irren Welten

„Irre Welten oder: Eberhard Schlotter und die Wirklichkeit“, so der Titel der neuen Ausstellung im „Kopfbau“ des Bomann-Museums, die bis zum Januar 2021 zu sehen ist.

Die von Mag. Dietrun Otten kuratierte Ausstellung präsentiert in den neu gestalteten Räumen der Eberhard Schlotter Stiftung Bilder aus einer Werkphase, die Ende der 1960er Jahre begann und bis in die 1980er Jahre hinein andauerte, und in der sich Eberhard Schlotter mit wenigen Motiven, dafür aber mit deren Darstellung bis zum Äußersten experimentierte. Dietrun Otten führt hier erstmals Werke zusammen, die bisher nur vereinzelt gezeigt wurden.

Das wegweisende und auch zentrale Werk der Ausstellung dieser Schaffensphase Schlotter's, nämlich „Das dritte Programm“, stellte bereits 1969 die Motive und Darstellungsweise vor, die ihn das folgende Jahrzehnt beschäftigten.

Zu der Mitteltafel, die selbst ein Triptychon darstellt, gehören die beiden Seitenflügel, wobei der linke Bezug nimmt zu dem Bild „Der Morgen“, Teil des unvollendeten Zyklus über die Tageszeiten von Philipp Otto Runge (1777-1810). Ähnlich in dessen Malweise, aber stark reduziertem Bildaufbau, zerstörte Schlotter sein romantisches Vorbild.

Runges Zyklus sollte die gesamte Weltordnung darstellen, die Entwürfe zeigen Kompositionen, in denen er eine Vielzahl von Themen bearbeitete: Die göttliche und menschliche Dimension, Religion und Philosophie, Ornamentik und Farbtheorie, Landschaft und Figur.

Bei Schlotter erinnern nur noch die verzerrten Köpfe unter- und oberhalb des Rahmens an den Ablauf von Zeit. Seine Interpretation zu Runge wirkt wie eine Abrechnung mit der deutschen Romantik. Rechter und linker Flügel sind in einen Rahmen gesetzt und werden so zum Bild-im-Bild.

Auf dem rechten Flügel thront eine Eule unter einem Glassturz, zusammen mit dem Mond ist sie eine Metapher für die Nacht. Sowohl bei Runge als auch bei Schlotter handelt es sich nicht einfach um die Darstellung einer Tageszeit, sondern um die eines ganzen Prinzips, einer Weltordnung. Schlotter zeigt, im Gegensatz zu Runge, die Zerstörung dieser Ordnung, eine aus dem Gleichgewicht geratene Welt.

Das Kabinett der kleinen Kuriositäten

Hier zeigt sich Schlotter in seiner Meisterschaft, dass er gewissermaßen malen konnte, was immer er wollte: So konnte er seine eigenen Welten, seine Wirklichkeiten erschaffen, aber auch zerstören. In diesem Kabinett hängen die Bilder, kleinformatig, die er, in altmeisterlicher Feinmalerei auf Holz gemalt, in großer Stückzahl Ende der 70er Jahre verkaufte. Hier ist ein Blick in den ureigenen Raum des Künstlers möglich: In die Phantasie.

Thema und Variation

Auf der unteren Ebene des „Kopfbaus“ werden sieben Variationen eines einfachen Motivs vorgestellt: Die Falten eines Tuches. Schlotter hat sich gerne intensiv mit einem Thema beschäftigt, und so hat er kaum ein für ihn wichtiges Motiv in nur einem Werk dargestellt. Er experimentierte mit verschiedenen Techniken-Ölmalerei, Radierung, Zeichnung - und mit verschiedenen Darstellungsweisen und Kontexten:

Realistisch und nüchtern die Falten eines zerwühlten Bettes [Das Bett, 1980 – siehe links], dann entwickelt er aus diesen Tuchfalten eine trockene Gebirgslandschaft, schließlich lässt er im Bild „Die Regentrude“ die Landschaft wie einen Abklatsch eines nassen, zerknitterten Taschentuchs wirken.

Das „Erotische Kabinett“

Ein Blick auf Schlotter's erotische Phantasien lässt sich durch ein kleines Fenster riskieren: Hier, im rosa gestrichenen

Séparée, werden Darstellungen, Bleistiftzeichnungen auf Papier, präsentiert, die Schlotter 1967 in der Ausstellung „Frauen von Hamburg“ gezeigt hat. Um die Ausstellung gab es eine große Aufregung, und kostete Schlotter letztlich die Anwartschaft auf eine Professorenstelle. Es lässt sich im Übrigen durch besagtes Fenster auch aus dem Séparée herausblicken, in das „Kabinett der kleinen Kuriositäten“.

Wie kaum in einer anderen Ausstellung ist es hier in den „Irren Welten“ möglich, in die Schlotter'sche Welt einzudringen und sich ein Bild davon zu machen, wie der Maler seine Welt sah und verarbeitet.

Zu Timm Ulrichs, "Die Krönung - 80 Jahre Total Kunst", die bis 06.09. läuft gibt's dann was im nächsten Heft.



Von Jubilar zu Jubilar

Oskar Ansell, 70

Da war Oskar Ansell (aka Uwe Hartmann) mal wieder ganz in seinem Element, als es galt, seinen langjährigen Freund RWLE 2018 mit einer Ausstellung im Celler Museum endgültig in den Celler Olymp zu holen. Launig und wie zuletzt immer mit Hut sprach er zu uns über ihn; - und sich.

Das ist eine Stärke des im Mai nun siebzig Jahre alt gewordenen Celler Literaten/Dichter/Publizisten sowie Heimat-und Geschichtsforschers Ansell: Sein Vortrag ist nicht nur einfach lebendig und weckt Interesse an Sache bzw. der vorgestellten Person.

Nein, es hat immer etwas mit uns, den Zuhörenden, zu tun, wenn Oskar referiert.

Dass das Besondere im Allgemeinen harmonisch gebunden oder eben gebrochen werde, ist Ziel von Ansell's Tun.

Zuletzt sah ich ihn zur Wiedereröffnung in der Westerceller Galerie Jutz; zuallererst jedoch weit in den tiefen Siebzigern anlässlich einer Vorstellung einer Theatergruppe der Kriminalpolizei, die uns erklärte, wie schlimm und gefährlich doch diese Drogen alle sind.



Das focht Oskar jedoch nicht an. Er stellte gleich die Systemfrage beim anschließenden Publikumsgespräch: Warum denn die jungen Beamten sich in der Vortragsweise nicht eher an der Performance-Auffassung des aktuellen Handke orientieren würden?

Eben Oskar – er ist immer dran, wenn es um Originalität geht, um Authentisches.

Als Westerceller Junge hat Oskar zunächst eine Buchhändlerlehre in Celle absolviert, später auch in Berlin im Beruf gearbeitet. Einige Auslandsaufenthalte folgten, wie auch später im Leben einige Stipendien. Doch daneben galt sein Interesse schon immer der Literatur allgemein, auch dem Theater, an dem er sich später in Berlin versuchte. Und eine Zeit lang hat er mit Theologie ge-

liebäugelt – und das ist überhaupt kein Widerspruch. Eher komplementär zu verstehen.

Was er sieht und was er erfragt hat, das möchte er mitteilen, - so ist Ansell's Antrieb: Begeisterung zu wecken. Vielleicht erinnern sich einige ältere Menschen noch der Tucholsky-Lesungen zu Weihnachten im seinerzeitigen Szenelokal Bistro. Das muss mensch erstmal einfallen: Einfach mal versuchen, Literatur in eine andere Ecke der Welt zu exportieren – *wat ham wa uns amisiert!*

Oskar Ansell ist ein außerordentlich fleißiger Mensch, mit den ersten Schritten in der Poesie („Disparates“/“Entsicherte Zeit“) wagte er den Schritt in das Leben und die hohe Verantwortung und Verletzbarkeit eines schreibenden Menschen. (Wo lernt mensch das eigentlich – Gedichte machen?)

Daneben gilt sein Schaffen auch der Hebung lokaler Geschichtsschätze und Geschichtsuntaten, - die Lebensläufe eines Celler Intendanten wie die der kriegsgefangenen italienischen Literaten im ersten Weltkrieg; wir wüssten weniger von denen, wenn nicht Ansell's Ausgrabungen uns die Welt – wie zuletzt auch mit dem umfangreichen – „Heimat, schöne Fremde“ oder den aktuellen „Papierstreifen“ näher gebracht hätte.

Lieber Oskar, wie schön, wenn ein Mensch in „fortgeschrittenem“ Alter nur immer noch strahlender, noch humorvoller werden kann. Lass Dir man mit dem l/weise-Werden noch Zeit!

Es grüßt vielmals

und gratuliert herzlich die Redaktion der revista

Auf ein Bier

Ein Franzose um die Sechzig, der ohne Angehörige und seit Jahren in einer psychiatrischen Anstalt im nordfranzösischen Caen lebt, hat bei für ihn möglichen und fast täglichen Freigängen in die Stadt – ein harmloser Alter, ein liebenswertes Gemüt – über eine Zeit etwas Geld zusammengebracht. Vom Ersparten kauft er sich eines Tages eine Bahnfahrkarte nach Paris, um dort ein Bier zu trinken, wie sich später klärt. Fahrkarte und Bier haben schließlich seine Barschaft aufgebraucht; und so lässt er sich nach dem Biergenuss noch am selben Tag mit einem Taxi ins etwa zweihundert Kilometer entfernte Caen zurückfahren, wo die Fahrtkosten aus der Anstaltskasse beglichen werden müssen.

Aus: Oskar Ansell, Alle Papierstreifen - Gesammelte Prosa (2020)

das eventuell schon eh wenig gute Original. Mit Cover meinen wir tatsächlich banales Nachspielen. Eigene Interpretationen von Stücken sind ja wieder neue eigene Stücke.

3. Auch Locals waren bei uns nur zwei bis dreimal im Jahr zu hören. Nicht, weil wir die tolle regionale Musikszene nicht zu schätzen wüssten, sondern schlicht, weil wir gern Abwechslung, das Neue und Andere zu Gehör bringen wollten (und weiterhin werden). Bands, die im nahen Umkreis bereits mehrfach im selben Jahr aufgetreten waren, waren für die loretta-Bühne und ihren beschränkten Zuschauerraum dann schlicht „abgespielt“. Da kann übrigens der neue Liegeplatz der ms loretta in Bremen sicher für Celler Bands eine neue Plattform werden.

??: *Aber ein paar Highlights gab es doch für euch?*

!!: Besondere Premieren, also Platten- oder CD-Release-Parties, sah das Schiff einige, etwa der Celler „Gray Moray“, der Berliner Pop-Punk-Band „Vizediktator“ oder den schon legendär werdenden Bands der härteren Gangart „Damnation Defaced“ oder „Volter“. Mit beiden Bands verbindet die loretta auch persönliche Geschichte – Drummer Lucas Katzmann (Damnation) ist der Soundmann des Schiffes und hat den meisten unserer Konzerte den kongenialen Sound verschafft, und Gregor Musiol (Volter) hat dem Schiff den metallenen Tritt, die kleine Rampe, handwerklich gebaut, auf den alle Besucher*innen seit 2017 den Fuß gesetzt haben.

Es ist fast unmöglich, besondere Abende zu nennen. Wir sind mehrfach ganz legendär mit „unseren“ Bands an



Bord – und im Sommer an Deck – stilvoll versumpft. Internationale Bands brachten ihre Geschichten mit. Etwa „The Underground Youth“ aus England, die kurz vor dem Anschlag selbst im Bataclan in Paris gespielt hatten und erzählten, wie gerade bei politischen Musikern auch die Angst im Gepäck mitreist und Auftritte zum trotzigem Akt werden. Brother Grimm, der mittlerweile sogar fernsehbekannt ist, haben wir als Booker Dennis über „Hodja“ kennengelernt, die Band um den afro-amerikanischen Sänger Claudius Pratt, die dem Schiff zweimal unglaublich einheizten und in Celle eine echte Fanbase errungen haben. Dennis stellte sich dann später mit besonderem Sound als Brother Grimm ans Mikro – und war schon dreimal an Bord, so sehr sind wir inzwischen verbunden.

??: *Ihr habt ja Bands aus Genres nach Celle geholt, die hier bisher nie so richtig funktioniert haben? Wie ist euch das gelungen, mal abgesehen von eurem Charme und den „fetten“ Gagen?*

!!: Charme, ja, und die Klugheit unserer A&R [Artist & repertoire Management]. Zudem haben wir ein Näschen, dass wir einige Bands „erwischt“ haben, wie etwa „Kleze“ oder eben Brother Grimm oder die Blackberries, bevor sie groß rauskamen. Und wir haben uns einen Namen in der Clubszene gemacht - dass es bei uns menschlich sehr schön, klanglich super sei und dass bei uns das Publikum wegen der Musik kommt und wirklich zuhört. Bands mögen das. Oft genug müssen sie gegen quatschende, trinkende Massen anspielen.

??: *Und als Zugabe hätten wir jetzt gern noch die skurrilste Geschichte rund um ein Konzert?*

!!: Smile – die kennen wir und das war eine von zwei Gelegenheiten, wo wir etwas uneins waren und tatsächlich abstimmen mussten. Aber es gab auch da Menschen, die das Konzert gefeiert haben. Namen sagen wir aber nicht!

Wir waren ja stets speziell in Sachen Alkohol. Bei privaten Feier durfte natürlich ausgeschenkt werden, was die Gastgeber*innen wollten. Aber während des Konzertbetriebs haben wir – außer in seltenen Ausnahmen – nie Mixgetränke oder hartes Zeug ausgeschenkt. Zum einen, weil wir keine Lust auf Betrunkene an Bord hatten, aber durchaus auch aus Sicherheitsgründen. Wenn jemand dann doch zuviel hatte, gab es dann gern eine Cola oder ein Wasser aufs Haus und den Anruf zum Taxi obendrein. Über Bord oder sonstwie unfreiwillig Baden ging nie jemand. Nur eine Gehhilfe ist unrettbar im Hafen versunken und J.H. musste mit nur einer Krücke gehen. Er hat es verschmerzt. - Für die Bands allerdings galt das nicht. Viele Bands tranken gern einen Schnaps nach der Show – und wir haben sicher Ratzeputz und Heidegeist hier zu Weltruhm verholfen, zumindest Europaruhm. Die Ratzeputzgesichter sind unvergesslich – selbst die stoischen Faröer oder trinkfeste Briten schüttelten sich wohligh. - Skurril war einiges, schön skurril und herzerwärmend. aber das sprengt hier den Rahmen.

??: *Dann Ahoi und das Allerallerbeste für die „Bremen Years“.*

Ein kleiner Rückblick auf 100 Ausgaben

Im Grunde sind wir ja ein Anachronismus. Was wir machen, wurde in den 1970er und 1980er Jahren als sogenannte „Alternativpresse“ geboren und hat sich in der damals vorhandenen Breite noch im vergangenen Jahrhundert verabschiedet oder kommerzialisiert. Was wir nach wie vor im Printformat vertreiben, gibt's anderswo nur noch in Form von Internet-Blogs.

Wir wissen um unsere begrenzte Wirkmacht. Wenn wir's trotzdem weiter betreiben, dann auch, weil jede Recherche zuvörderst ein Stück Selbst-Aufklärung ist, an der wir dann gern unsere Leser*innen teilhaben lassen.

Anstelle eines zusammenhängenden Rückblicks auf die letzten 100 Ausgaben, gibt's hier eine Top Twenty an Artikeln, die unterm Strich aber kein Ranking darstellen, sondern einen Überblick geben über wesentliche Themen der letzten 20 Jahre. Aber auf Platz 1 steht dann doch die Story, mit der wir's ins Fernsehen und die über-regionale Presse schafften.

1 Der CDU-Oberbürgermeisterkandidat, das Celler Kind und „sein“ Programm / Dr. Jörg Nigge: ein Großmeister in Copy & Paste

Fast, ja fast hätten wir unserem aktuelle Oberbürgermeister eine andere Zukunft beschert. Wir stolperten über einige sehr grüne Vorschläge in seinem Wahlprogramm und stellen schnell fest: abgeschrieben – und zwar per Copy & Paste vom Programm der Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker. Als wir die „Bombe“ platzen ließen, zeigte sich zweierlei: Die negativen Eigenschaften des „Celler Kinds“, die wir seitdem auch in seiner Amtsführung beobachten können, und die moralische Bankrotterklärung seiner Wähler*innen. Denn in der Stichwahl schaffte er es bekanntlich auf den Chefsessel. Im Nachhinein können wir uns vielleicht den Vorwurf machen, die Story ein bisschen zu früh gebracht zu haben. Hätte Mende dann noch erklärt, nach fünf Jahren – statt der formal erlaubten zehn – abzutreten ... [81, 09-10/2016, 3-4]

2 Hände weg vom Tafelsilber / Privatisierungspläne? Wegspülen!

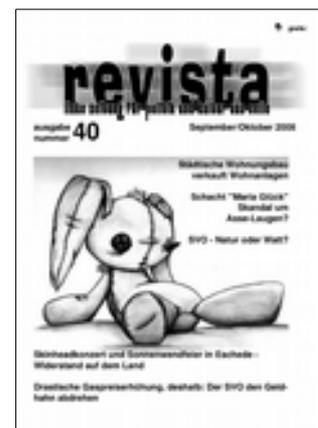
Seit Mai 2012 hatte Oberbürgermeister Mende Gespräche mit der Gelsenwasser AG geführt, ohne Rat und Öffentlichkeit darüber zu informieren. Als es aufflog, vermuteten wir Absichten zur Privatisierung der Abwasserwirtschaft und unterstützten die Gegenaktionen des Bündnisses mit dem Namen „Wassernetzwerk“. Erfolgreich? Im Großen und Ganzen ja. Zu einer Privatisierung kam es nicht. Die Abwasserwirtschaft wurde „nur“ in einen eigenen Betrieb ausgliedert – und bei der Suche nach zusätzlichen Einnahmequellen entdeckte man im Rathaus die Niederschlagswassergebühr. - Unterm Strich war's aus unserer Sicht Mendes größter Fehler, die Geheimgespräche geführt zu haben. [64, 04-05/2013, 3-9]

3 Interview mit der Religionswissenschaftlerin Ina Wunn / Yezidische Religion vor dem Wandel?

Mit aktuell über 15.000 Aufrufen auf der revista-website ist das Interview mit Ina Wunn der meistgelesene Artikel ever. Warum? Einerseits weil Suchmaschinen all over the world zum Lesen verleiten, andererseits weil Analyse und Thesen so knackig sind, dass dieses Interview den Eingang in etliche wissenschaftliche Apparate gefunden haben dürfte. Eine ihrer Thesen war, dass das Yezidentum sich von einer ethnischen Religion, die sich über Geburt und Zugehörigkeit zu einer Kaste definiert, zu einer Glaubensreligion wandeln müsse. In der Diaspora sei das Regelsystem (z.B. Endogamiegebot) sinnlos. Nach wie vor lesenswert. [51, 11-12/2010, 20-21]

4 Die Sozialbetrüger sitzen im Amt / Über 3 Millionen Euro zu wenig an Hartz IV-Empfänger gezahlt

Unter den Dutzenden von Artikeln gegen die Praxis der Landkreisverwaltung bei der Erstattung der sogenannten



Kosten der Unterkunft haben wir diesen gewählt wegen der knackigen Überschrift. Hintergrund von 2006 bis heute: Hartz IV-Empfänger*innen werden systematisch über sogenannten Angemessenheitsobergrenzen in hunderten Fällen um die Erstattung der vollen Mietkosten gebracht oder zum Umzug gezwungen. Hier hatte der Landkreis gerade mal wieder ein Klageverfahren vor dem Landessozialgericht verloren, was – wie Landrat Wiswe meinte – die Kreisverwaltung eine Million kosten würde. Seit Einführung der Hartz IV-Gesetze waren damit – so unsere Rechnung – die Empfänger*innen um drei Millionen beschissen worden. Und leider ist Wiswe bis heute nicht von seiner Linie abgerückt ... und deshalb berichten wir bis heute (und meiden Partys mit DJ Hartmut). Inzwischen hören immerhin die Kreistagsfraktionen von SPD und FDP auf uns – die Linke hatte es ein bisschen eher verstanden. [39, 06-07/2008, 24-25]

5 Wenn Lampenputzern das Licht ausgeht / Laternengespräche

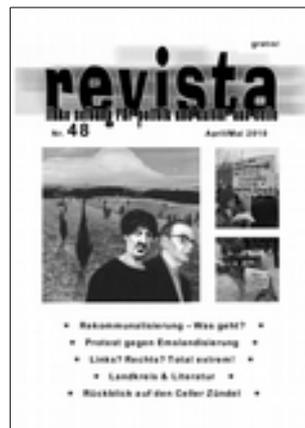
Die ersten Laternengespräche wurden begleitet von Erich Mühsams Gedicht „Der Revoluzzer. Gewidmet der deutschen Sozialdemokratie“ - erste Strophe: „*War einmal ein Revoluzzer / im Zivilstand Lampenputzer / ging im Revoluzzerschritt / mit den Revoluzzern mit.*“ Gegenstand des ersten Laternengesprächs war die glorreiche Idee von Celler Rats-Sozen, es bei den Straßenlaternen mit Public Private Partnership zu versuchen – also Privatisierung, was die Laternen selbstverständlich zerpfücken. - Im Laufe der Jahre entwickelten sich die Charaktere. Der Besserwisser vertritt die ganz alte marxistische Schule, der lange Lulatsch ist vom nicht vorhandenen Scheitel bis zur Sohle ein Autonomer, die Dicke outete sich zwischenzeitlich mal hinsichtlich einer beendeten Mitgliedschaft in der SPD, Oma Lilo ist eine anti-autoritäre 68er-in. Für Klein Jonas fand sich lange keine vernünftige Rolle, aber ab diesem Heft gehört er zu Fridays-for-Future. (Die Namen sind übrigens jene der Celler Tourismus-„Attraktion“ in der Altstadt.) Das, was die Laternen dann bequatschen, geht vom lokalen Tratsch bis zu Weltsystemanalyse – typisch links(radikaler) Stamm-tisch, wie es ihn in den 1980ern noch gab. Manche Leserin findet's amüsant, andere finden's zu sehr Szene-Ghetto. Wir hoffen nach wir vor darauf, dass solche Gespräche mal wieder zu unserem Alltag gehören. [41, 11-01/2008/2009, 8-9]

6 Direktor des Deutsch-Islamistischen Instituts verklagt Antifaschistische Infogruppe Celle

Über lange Jahre war Celle ein Hort intensivster AntiFa-Recherchen, deren Ergebnisse (fast) immer einen Platz in unserer Magazin fanden. Mindestens einen hat's um seinen „guten Ruf“ gebracht. - Anfang der 00er-Jahre bemühte sich Hans-Christian Heydecke als Direktor seines „Deutsch-Islamischen Instituts“ um Zugang zu den einflussreicheren Kreisen und deren Spenden für sein Anliegen, „die Verständigung zwischen Deutschland und der islamischen Welt [zu] verbessern“ - so seinerzeit die CZ. Im Archiv der AIG befanden sich allerdings haufenweise fragwürdige Leserbriefe des Ehrenmannes, die in einem Fall mit folgendem Satz kommentiert wurden: „*Inhaltlich relativiert er darin den Holocaust und vertritt antisemitische Thesen.*“ Dumm für Heydecke, dass die Uni Erfurt, gerade als er eine Zusammenarbeit anbahnen wollte, über die Internet-Präsenz der AIG davon Kenntnis bekam. So wurde nichts aus dem Deal. Um seine „Reputation“ bemüht zog Heydecke vors Amtsgericht, um dort ziemlich krachend zu scheitern. In zwei Ausgaben haben wir derart viel Material über seine Gesinnung zusammengestellt, dass er als Antisemit reinsten Wassers entlarvt war. [23, 06-07/2004, 3-5 und 24, 09-10/2004, 8-9]

7 Drogenparadies und Terrorzentrale? / Buntes Haus am Pranger

Kaum waren die Neonazis mit ihrer Kampagne zur „Schließung des Bunten Hauses“ gescheitert, machten Polizei, Presse und Politik (in Gestalt von Polizeichef Schomburg, Oberbürgermeister Biermann und CZ-Redakteur Ende) Front gegen das soziokulturelle Zentrum. Wir entzauberten die Vorwürfe von „Drogenparadies“ und „Terrorzentrale“. Immerhin verhielten sich die Parteien-Vertreter*innen und die CDK Geschäftsführung seriös und sachlich. Da das Ganze mal wieder mit einer Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus einherging, nahmen wir auch hier unseren aufklärenden Bildungsauftrag wahr. Biermann schmiss sein Amt ein paar Monate darauf, Schomburg verschwand – nicht ganz freiwillig – zwei Jahre später nach Hannover, und das Bunte Haus besteht in 2021 dann schon 25 Jahre. [36, 03-04/2008, 3-9]



8 Skinheadkonzert und Sommerwendfeier in Eschede / Widerstand auf dem Land

Die erste Demonstration gegen Nazi-Treffen in Eschede führte noch mitten durch die Gemeinde. Gut 200 Leute nahmen teil. Die Neonazis waren leider mehr, weil sie am Vorabend mit einem Skinheadkonzert auf dem Hof Nahtz aufwarten konnten. Wir beklagten die Demo-Route: „[...] es ist schon mehr als nur ärgerlich, nicht den Protest dahin tragen zu können, wo er hingehört.“ Das hat dann über zehn Jahre gedauert. [40, 09-10/2008, 18]

9 Neue soziale Bewegungen in Celle (1) / Bürgerinitiativen gegen eine WAA und ein Atommüllendlager im Landkreis Celle

Unregelmäßig, aber stetig machen wir uns an Rückblicke auf die regionale Bewegungsgeschichte. Der Anfang wurde gesetzt mit der Entstehung der lokalen Anti-AKW-Bewegung, als Lutterloh im Landkreis Celle 1976 zu einem der möglichen Standorte für eine atomare Wiederaufarbeitungsanlage und das nationale Atommüllendlager ernannt worden war. - Wir werden die Reihe demnächst gesondert auf die revista-Website einstellen. [34, 04-05/2006, 12-15]

10 „Wissenschaft entlarvt Klimaschwindel“ / Zu entlarven wäre ein Plagiator und Scharlatan

Der erste größere Klimablock fand sich 2009. Im Celler Kurier hatte sich Klaus Tänzer als Klimaleugner hervorgetan. Wir wiesen zum einen nach, dass er den ganzen unter seinem Namen veröffentlichten Artikel einfach aus dem Internet kopiert hatte. Die inhaltliche Scharlatanerie ließen wir zum anderen in einem Interview von Prof. Dr. Thomas Hauf von der Uni Hannover widerlegen. Daneben stellten wir Anträge von Die Linke/BSG in Rat und Kreistag vor, die forderten, „endlich Klimaschutz als kommunalpolitische Aufgabe konzeptionell anzugehen“. [43, 05-06/2009, 9-13]

11 Geflügelschlachtbetrieb in Wietze – 1.000.000 Masthähnchen pro Woche / Stehen wir vor dem Verhungern

Die Absicht des Frischgeflügelkonzerns Rothkötter in Wietze einen Schlachthof zu errichten, fand in uns selbstverständlich eine entschiedene Gegner*innenschaft. Warum? „Fleischkonsum muss reduziert werden, gerade im reichen Westen, dessen Lebensgewohnheiten Modellcharakter für die Schwellenländer haben.“ [46, 11-12/2009, 3-4]

12 Dritter Celler Dialog im Juli 2009 / Seit' an Seit' marschieren sie

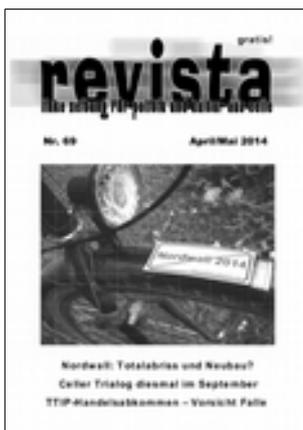
Wenn es erstmals beim dritten Celler Dialog organisierte Proteste gab, so können wir das auch ein bisschen uns zuschreiben. Denn wir hatten das Treffen des militärisch-industriellen Komplexes früh „auf dem Schirm“ - Und dann immer wieder bis zum (vorläufigen) Aus. [43, 05-06/2009, 3]

13 Zur Tarifsituation bei CeBus / Lohnerhöhung nicht in Sicht

Obwohl (oder vielleicht auch weil?) wir die letzten bekennenden Freund*innen kämpfender Klassen sind, endet unsere Berichterstattung in der Regel vor den Werkstoren; Ausnahme: CeBus. Hier gab's über längere Zeit gute Kontakte zu ver.di und einem Beschäftigten, der sich von unseren parteinehmenden Artikeln zwar nichts erhoffte, aber es immerhin gut fand. Die hundsmiserable Lohnsituation, über die wir immer wieder berichteten, führte erst kürzlich zu einem halbwegs akzeptablen Tarifvertrag. In dem Interview mit der ver.di-Sekretärin Mira Ball wird das ganze Elend deutlich. [53, 03-04/2011, 4-5]

14 Interview mit der Celler Punkrockband ALARMSIGNAL / alles ist vergänglich – oder?

Ein super reflektiertes Interview, wie es manche unserer Leser*innen vielleicht nicht für möglich gehalten hätten. Lesen und vor allem mal wieder die Musik hören (wenigstens bei youtube). [66, 09-10/2013, 25-28]



15 Wann reißt der Himmel auf? / Dawn Doneck holt den Cup

Vier Jahre jetzt schon tragen wir die revista-Minigolf-Open aus - mit steigenden Teilnehmer*innen-Zahlen. Im Nachhinein gibt's dann jeweils die einzige Sportberichterstattung, die sich in unserem Blatt findet. Das Schöne an den bisherigen Ergebnissen: Training nutzt selten, *"entscheidend is auf'm Platz"* (Adi Preißler) [77, 11-12/2017, 25]

16 Besserwisser*innen aller Länder vereinigt Euch! / I. revista – Kneipen-Quiz am 2.12. im Morlock

Auf der Suche nach Finanzierungsquellen kam uns die Idee, ein Kneipenquiz zu veranstalten. So gehen wir in die Lokalgeschichte ein als erster Celler Kneipenquizveranstalter. Zu rühmen sind hier die ersten beiden Gewinner-Teams: die Blitzbirnen und das Morlock. [92, 11-12/2018, 31]

17 Zum 100. Geburtstag von Fritz Grasshoff / „Hört mal her, ihr Zeitgenossen“

Eine schöne Story über Grasshoffs Wirken in Celle mit einem Interview-Dokument und seiner Erkenntnis: „Es röten sich die Dichter, wenn die Zeiten sich röten.“ [67, 11-12/2013, 23-29]

18 Schacht „Maria-Glück“ / Skandal um Asse-Laugen?

Manchmal braucht es unser Blatt, weil wir den Anspruch haben, Fakten haarklein aufzureihen; also das zu tun, was Tageszeitungen nur noch selten hinbekommen. Als Mitte 2006 bekannt wurde, dass die alte Schachanlage Maria-Glück in Höfer mit radioaktiv kontaminierten Salzaugen aus dem absaufenden Atommüllendlager Asse II geflutet wird, ging es um die Fakten. Wenn Betreiber radioaktive Lasten „herunterspielen“, lohnt sich genaues Hinschauen immer. - Schließlich stellte sich noch heraus, dass schon vorher Rauchgaslaugen mit toxischen Stoffen wie Arsen und Quecksilber in den Schacht eingebracht worden waren. Dagegen war das Tritium aus der Asse tatsächlich eher harmlos. [40, 09-10/2008, 5-7; 42, 03-04/2009, 8-9]

Fragezeichen

Anfang 2010 öffneten wir unser Blatt für eine Jugendredaktion, die dann vier Seiten in der Mitte des Heftes gestaltete – Titel „Fragezeichen“. Unsere Einschätzung war, dass die Kernredaktion für junge Menschen schon den „Geruch des Todes“ verströmen würde, und wir uns so die überflüssige Diskussion darüber ersparen würden, warum wir so ungern den Begriff „Bullen“ benutzen. Und dann schrieben sie selbst „Polizist_innen“. Ein Jahr lang, also für fünf Ausgaben, gab es das „Fragezeichen“. [48, 04-05/2010]

Gendergap & -sternchen

Das Binnen-I musste im Juli 2009 (Heft 44) dem „Gendergap weichen, also dem Unterstrich „_“ als Ort, der Möglichkeiten offen lässt. Im September 2013, also 20 Hefte später, übernahm das Gender-Sternchen Einzug ins Heft.

19 Schluss mit der Gutscheinpraxis? / Flüchtlingsinitiativen erfolgreich

Als eine unserer Aufgaben sehen wir, Kampagnen zu begleiten – bis zum Erfolg. Das war nach Jahren dann 2013 endlich erreicht. Worum ging's? Statt Bargeld erhielten Geflüchtete den allergrößten Teil ihrer Leistungen in Gutschein-form – Diskriminierung pur. [63, 02-03/2013, 11-12]

20 Was noch möglich wäre – eine kleine Utopie / Kommune jetzt!

Da haben wir uns mal vorgestellt, was das Programm einer linksradikalen Kommunalwahl-Kandidatur mit dem Namen „Kommune jetzt!“ sein könnte. Das ist heute vielleicht spannender zu lesen als vor zehn Jahren. [56, 09-10/2011, 5-7]

Alle Ausgabe gibt's übrigens zum Download unter:

<https://www.revista-online.info/index.php/archiv/heftarchiv>

